Nr. 50. 16. Jahrg.

Deutsche Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementspreis pro Quartal 80 ₰.
Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 10. Dezember 1898.

Inserate die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum **30** ₰
Redaktion und Expedition:
Nürnberg, Weizenstraße Nr. 12.

Inhalt: Die elektrotechnische Industrie. — Zur Frage der Arbeitslosenunterstützung. — Das sächsische „Juwel" in der Praxis und die Rechtsprechung. — Schwarze Listen in Braunschweig. — Aus Oesterreich. — Metallarbeiter-Konferenz in Bochum. — Konferenz für Nordwest-Deutschland. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. Quittung über die im November eingegangenen Verbandsgelder. — Korrespondenzen. — An die Verwaltungsstellen des D. M.-V. in Schlesien und Posen. — An die Verwaltungsstellen im niederrheinischen Industriebezirk. — Aufruf an die Metallarbeiter der Provinz Westfalen. — An die Verwaltungsstellen des D. M.-V. in Baden, Elsaß und der Pfalz. — Erklärung. — Abrechnung des Vertrauensmannes für die Provinz Hannover über das 3. Quartal 1898. — Achtung. — Litterarisches.

Zur Beachtung.

Zuzug ist fernzuhalten:

von Formern nach **Bielefeld** (Temperformer, Firma Wilh. Kramer) Str., nach **Halle a. S.** (A. Jakobi in Büschdorf b. H.), nach **Neckarelz** (Ditte u. Söhne) M.;

von Feilenhauern 2c. nach **Frankenthal, Speyer, Mannheim** u. **Ludwigshafen** L., nach **Landsberg** a. d. Warthe (Kempe), nach **Lübeck** (Frau Andersohn), nach **Halle a. S.** (Ammendorfer Feilen- u. Maschinenfabrik) St., nach **Stuttgart** (Firma Wehrle u. Ko., Inh. J. Stern) v. St.;

von Klempnern nach **Düsseldorf** (Springorum) St.;

von Metall- u. Kompositionsschlägern nach **Fürth;**

von Metalldrückern nach **München;**

von Schlossern nach **Duisburg** (Eisenmöbelfabrik von Karl Garnatz);

von Drehern und Hoblern nach **Braunschweig** (Aug. Wilke) R., nach **Crefeld** (Schröre) v. R.;

von Schraubendrehern nach **Nürnberg** (Göbel'sche Schraubenfabrik).

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, **welche überhaupt zu meiden sind;** v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohnbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; R.: Lohn- oder Akkord-Reduktion.)

Die elektrotechnische Industrie.

Aus der geplanten Ehe zwischen der Löwe-Gesellschaft in Berlin und der Schuckert-Gesellschaft in Nürnberg ist nichts geworden, sie scheiterte an der Haltung der Börse, die das Projekt mit nicht unerheblichen Kursschwankungen der in Betracht kommenden Papiere beantwortete und sie scheiterte auch an der ablehnenden Haltung des Generaldirektors Wacker der Schuckert-Gesellschaft. Es wird nun auch bekannt, daß das ganze Projekt ein groß und dreist angelegter Beutezug der großen Banken war, die bei dem Geschäft Millionen für den Vermittlerdienst und bei den erwarteten späteren Kurssteigerungen zu „verdienen" hofften. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß über kurz oder lang der Versuch auf's Neue und dann vielleicht mit Erfolg gemacht wird, ja vielleicht in noch größeren Umfange, als jetzt geplant war. Vielleicht schließen sich eines schönen Tages sämmtliche große Elektrizitäts-Unternehmungen in Deutschland zu einem großen Ringe zusammen, um die gegenseitige Konkurrenz aufzuheben und allen einen fetten Gewinn zu sichern.

Die elektrotechnische Industrie hat sich im vorigen Jahre und auch im Laufe dieses Jahres in erheblicher Weise weiter entwickelt. So entnehmen wir den Jahresberichten der Berliner elektrischen Gesellschaften, daß sie im verflossenen Jahre durchwegs einen weiteren Aufschwung erfahren haben. Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft in Berlin schreibt u. A.: „In allen Zweigen unserer Geschäftsthätigkeit waren und sind wir reichlich und lohnend beschäftigt. Wir unterhalten in 18 Städten des In- und Auslandes eigene Verwaltungen, unter deren Leitung 14 weitere Ingenieur-Abtheilungen und 65 Untervertretungen thätig sind. Die unter unserer Verwaltung stehende Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft erbaut beziehungsweise betreibt Elektrizitätswerke in 21 Städten. Elektrische Bahnen werden von der mit uns eng verbundenen Allgemeinen Lokal- und Straßenbahn-Gesellschaft an 7 Orten betrieben. Die Zahl unserer Angestellten, Beamten und Arbeiter beläuft sich gegenwärtig auf rund 12,000." Ferner wird mitgetheilt, daß von der Abtheilung für Zentralstationen 25 Zentralen theils begonnen, theils in Betrieb gesetzt wurden, deren gesammte Leistungsfähigkeit 33,000 Kilowatt überträgt und in denen ein Kapital von 26 Millionen Mark angelegt ist. Die Gesellschaft hat Elektrizitätswerke in Berlin, Straßburg, Magdeburg, Plauen i. V., Oberschlesien, Rheinfelden, Bitterfeld, Trebbin, Schmalkalden, Brotterode, Liebenwerda, Ruhla, Oranienburg, Zehlendorf, Heilbronn, Genua, Barcelona, Sevilla, Zumbkowize, Kopenhagen, Crajova usw. Die Abtheilung für elektrische Bahnen erstreckte ihre Thätigkeit auf 49 theils im Bau, theils im Betrieb befindlichen Straßenbahnen, die sich auf Deutschland, Italien, Rußland, Spanien, Norwegen, Argentinien, Chile usw. vertheilen. Die Geleislänge ist auf 870 Kilometer, die Zahl der Motorwagen auf 1485, die der Motoren auf 2870 gestiegen. Der Ausgaben-Etat belief sich im Kalenderjahr 1897 auf 14,400,000 ℳ. Erwähnenswerth ist noch, daß die Gesellschaft in Verbindung mit der Gesellschaft für den Bau von Untergrundbahnen den Versuchstunnel unter der Spree zwischen Stralau und Treptow nach Ueberwindung außerordentlicher Schwierigkeiten fertiggestellt hat. Im Jahre 1897 erhöhte die Gesellschaft ihr Aktienkapital abermals um 12 Millionen.

Die Berliner Elektrizitätswerke berichten ebenfalls von einem bedeutenden Aufschwung. Die Zahl ihrer Glühlampen vermehrte sich um 32,861 auf 216,779, die der Bogenlampen um 1027 auf 9845, die Zahl der Elektromotoren stieg auf 2357 und ihre Leistungsfähigkeit auf 9000 Pferdekräfte. Aehnlich günstig lautet der Bericht der Firma Siemens u. Halske. Die Berliner Zweigniederlassung der Schuckert'schen Elektrizitäts-Gesellschaft bezeichnet das verflossene Geschäftsjahr sowohl was Sterigkeit als auch Umfang des Absatzes ihrer Erzeugnisse betrifft, als sehr günstig. Trotz der fortgesetzt bedeutenden Vergrößerung der Werke in Nürnberg und der Unterstützung durch das Berliner Werk war die Gesellschaft nicht im Stande, der laufenden Nachfrage zu genügen, geschweige denn einen größeren Bestand in den gangbarsten Maschinen und Apparaten anzusammeln, der für die oft zu kurz bemessene Lieferfrist unumgänglich wäre. Was die einzelnen Zweige der geschäftlichen Thätigkeit betrifft, so war in allen eine recht befriedigende Steigerung zu verzeichnen. Einen sehr großen Umfang hat der Bau von Elektrizitätswerken erreicht, die theils nur der allgemeinen Stromlieferung für Licht-, Kraft- und technische Zwecke, theils außerdem der Stromlieferung für Bahnen dienen. Im vorigen Jahre wurden nicht weniger als 25 solcher Werke theils in Betrieb gesetzt, theils in Angriff genommen, wovon etwa die Hälfte auf das Ausland entfällt. Elektrische Bahnen wurden 9 mit 145 Kilometer Geleise und 187 Motorwagen in Betrieb gesetzt, während weitere 135 Kilometer Geleise mit 240 Motorwagen in Angriff genommen sind. Auch für die Elektrochemie wurde eine größere Anzahl ganz beträchtlicher Anlagen theils in Betrieb gesetzt, theils in Arbeit genommen. Neben den theilweise sehr großen Anlagen für Fabriken und Hütten hatte das Unternehmen auch umfangreiche Lieferungen für elektrischen Krahnbetrieb. Insbesondere ist die im Hamburger Hafen eingeleitete Umwandlung der Dampfkrähne hervorzuheben. Die im Allgemeinen bei der Zentralisirung der Krafterzeugung sich ergebenden Vortheile fallen hier ganz besonders in's Gewicht; bei den bis jetzt elektrisch eingerichteten 21 Krähnen betragen die Betriebskosten kaum 1/4 der Kosten des Dampfbetriebes. Der gesammte Absatz an Stromerzeugern, Motoren und Transformatoren hat sich von 3800 Stück für 58,000 Kilowatt gleich 87,000 Pferdestärken im Jahre 1896 auf 4550 Stück für 72,600 Kilowatt gleich 109,000 Pferdestärken in 1897 gehoben. Darunter waren 152 Maschinen mit je über 100 Pferdestärken mit einer Gesammtleistung von 27,500 Kilowatt gleich 41,000 Pferdestärken. Daraus ergibt sich die Bedeutung, die der Bau großer Maschinen in der Elektrotechnik gewonnen hat. Der Absatz in Bogenlampen stieg von 10,350 auf 11,600. Parabolische Glasspiegel wurden 120 abgeliefert. Die Abtheilung für Meßinstrumente und Elektrizitätszähler ist ebenfalls in flottestem Betriebe gewesen. Der Absatz hat sich von 4240 Meßinstrumenten und 3050 Verbrauchsmessern in 1896 auf 4850 Meßinstrumente und 7160 Verbrauchsmesser in 1897 gehoben.

Zum Schlusse heißt es in dem Schuckert'schen Jahresberichte: „Was die Aussichten für die Zukunft anbelangt, so ist nach dem Fortbestande der ganz ungewöhnlichen Steigerung des Bedarfs auf allen Gebieten und dem Preise der Rohmaterialien zu schließen, daß der Höhepunkt in der Entwicklung der deutschen Industrie und des Verkehrs noch nicht überschritten ist, daß besonders die Starkstromtechnik noch für Jahre kaum im Stande sein wird, der Nachfrage gerecht zu werden. Dieses findet darin seine Begründung, daß trotz der bisherigen, sehr umfangreichen Thätigkeit auf den älteren Gebieten (Einzelanlagen für Licht- und Kraftvertheilung, Städtebeleuchtung, Straßenbahnbetrieb, Kraftübertragung) erst ein kleiner Theil (selbst in den wichtigsten Kulturländern Europas) erledigt ist, daß die Leistungen der deutschen Elektrotechnik im Auslande immer mehr Anerkennung finden, daß deutscher Unternehmungsgeist immer größere Mittel zur Verfügung stellt, um im Auslande ein bedeutendes Absatzfeld zu sichern. Dazu kommt, daß andere Gebiete (Elektrochemie, elektrischer Betrieb auf Vollbahnen) noch im Anfangsstadium der Erschließung sich befinden und für einen etwaigen Ausfall auf den älteren Gebieten mehr als reichlichen Ersatz versprechen. Daß in Wechselwirkung hiermit sich auch für die allgemeine Maschinen-, Eisen- und Metallindustrie günstige Aussichten eröffnen, braucht nicht besonders betont zu werden."

Die Akt.-Ges. Mix u. Genest, Telephon-, Telegraphen- und Blitzableiterfabrik in Berlin, welche sich ausschließlich mit der Fabrikation und dem Vertrieb von Apparaten und Materialien für die Schwachstrom-Elektrotechnik befaßt, hatte gegen das Vorjahr wesentlich größeren Absatz und lieferte außer nach allen Ländern Europas auch noch ihre Erzeugnisse in alle übrigen Erdtheile mit Ausnahme von Nordamerika, wo die eigene Industrie so hoch steht und die Preise so gedrückt sind, daß ein Export nicht lohnt.

Nun soll auch die Türkei mit Elektrizität hell erleuchtet werden und zwar außer Konstantinopel noch eine zweite europäisch-türkische Stadt und sodann zwei Städte in der asiatischen Türkei. So wird aus Berlin berichtet, aber auch hinzugefügt, daß es bei der Abneigung des Sultans gegen umfassendere Zulassung der Elektrizität mit der Ausführung dieser Projekte noch lange dauern kann. Auch die Gründerei dauert fort. So wurde in Berlin die Brasilianische Elektrizitäts-Gesellschaft mit 5 Millionen Mark Aktienkapital gegründet. Die Akkumulatoren- und Elektrizitätswerke der Kommanditgesellschaft Dr. Lehmann u. Mann ist mit der Berliner Akkumulatorenfabrik vereinigt worden; ebenso die Akt.-Ges. Elektrizitäts vorm. Kummer u. Ko. in Dresden mit der Elektrizitäts-Akt.-Ges. vorm. Herm. Pöge in Chemnitz, wovon die ersten 7½ Millionen und die anderen 1,500,000 ℳ Aktienkapital hatten. Die

Aktienkapitalien erhöhten die Akkumulatorenfabrik Akt.-Ges. Berlin-Hagen von 5 auf 6¼ Mill., die Bergmann-Elektromotoren- und Dynamowerke-Akt.-Ges. in Berlin von 1 auf 2 Millionen, das Elektrizitätswerk Homburg v. d. H., A.-G., von 750,000 auf 1¼ Millionen, Helios, Elektrizitäts-A.-G. in Köln von 3 auf 8 Millionen, Hamburger Elektrizitätswerke von 9 auf 15 Millionen usw. Insgesammt dürfte heute bereits 1 Milliarde Mark in der deutschen elektrotechnischen Industrie angelegt sein, die gut rentirt.

Welch' gute Kapitalsanlage und Rendite die elektrotechnische Industrie bietet, haben wir bereits in früheren Artikeln dargethan und soll auch nachstehend neuerdings beleuchtet werden. Die Löwe-Gesellschaft in Berlin vertheilte 24 Prozent; Bergmann u. Ko., A.-G. Berlin, Fabrik für Isolirleitungsrohre und Spezial-Installationsartikel für elektrische Anlagen 16 Prozent (14 Proz.) aus 480,737 M. Gewinn; Elektrizitäts-A.-G. vorm. Schuckert u. Ko. in Nürnberg 14 Prozent gleich 3,150,000 M. aus 4,545,000 M. Gewinn; Berliner Elektrizitätswerke 13 Prozent (12½ Proz.) gleich 1,638,000 M. Dividende aus 2,357,602 M. Reingewinn; Elektrizitäts-Gesellschaft Helios in Köln 11 Proz. gleich 880,000 M. Dividende aus 1,212,521 M. Reingewinn; Akkumulatorenfabrik, A.-G. in Berlin 10 Proz. gleich 500,000 M. aus 740,887 M. Reingewinn; A.-G. Elektrizitätswerke vorm. Kummer u. Ko. in Dresden 10 Proz.; Elektrizitäts-A.-G. vorm. Pöge in Chemnitz 8 Proz. gleich 60,000 M.; Hamburger Elektrizitätswerke 8 Proz. (6 Proz.) gleich 640,000 M. Dividende aus 808,396 M. Reingewinn; Stettiner Elektrizitätswerke 7½ Proz. (7 Proz.) gleich 187,500 M. aus 255,911 M. Reingewinn; Deutsche Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Frankfurt a. M. 7 Proz. (6 Proz.) gleich 226,000 M. aus 307,810 M. Reingewinn; A.-G. für Elektrizitäts-Anlagen in Köln 6 Prozent gleich 420,000 M. aus 557,112 M. Reingewinn; Elektrische Licht- und Kraftanlage Berlin 5 Prozent gleich 704,250 M. aus 795,572 M. Reingewinn usw. Die „elektrotechnischen" Dividenden halten sich durchaus auf der „Höhe der Zeit" und nicht minder die Tantièmen für Aufsichts- und Verwaltungsräthe, Direktoren 2c., die recht fette Einnahmen für Nichtsthun beziehen.

Fast zu gleicher Zeit standen die Verträge mit den Elektrizitäts-Gesellschaften in Berlin und Wien auf der Tagesordnung und in beiden Städten triumphirten die Interessen der Aktionäre und Konsorten über die Interessen der Gesammtheit. In Berlin wurde der Vertrag mit den Berliner Elektrizitätswerken gegen eine Erhöhung des Gewinnantheils der Stadt bis auf 50 Prozent des Reingewinns bis 1915 wieder erneuert, was ein reines Geschenk der Stadt von ca. 40 Millionen an die Aktionäre bedeutet. In Wien geht nach der Liquidation der jetzigen Tramway-Gesellschaft, welche am 1. Januar 1899 erfolgen muß, das elektrische Straßenbahnnetz an die Firma Siemens und Halske über und zwar bis 1925, in welchem Jahre die Geleise-Anlagen kostenfrei an die Stadt Wien fallen. Bis 1903 zahlt die Gesellschaft der Stadt die Summe von 2¾ Millionen Gulden, eine durchschnittliche Jahresleistung, die ungefähr das Doppelte der bisherigen beträgt. Ferner erhält die Stadt 9 Prozent aus dem Bruttoertrag. Daß auch da die Firma Siemens u. Halske ein glänzendes Geschäft sich gesichert hat, darf als sicher angenommen werden. Alle diese Gewinne könnten bei der Verstadtlichung der Straßenbahnen 2c. der Gesammtheit gesichert und für nützliche Zwecke verwendet werden; allein so lange nur die Geldsacksvertreter in den kommunalen Parlamenten sitzen, werden die Gesammtinteressen stets den Kapitalsinteressen untergeordnet werden. Durch den Ausschluß des Volkes von der öffentlichen Verwaltung ist Vieles, wenn nicht Alles faul und thäte allenthalben Abhilfe dringend noth.

Zur Frage der Arbeitslosenunterstützung.

In Nr. 48 unseres Verbandsorgans unterbreitet der Vorstand den Mitgliedern eine neue Form für die bereits auf der letzten Generalversammlung beantragte Arbeitslosenunterstützung. Daß der Vorstand außerordentlich vorsichtig bei der Aufstellung seiner Berechnungen sein würde, setzte ich ohne Weiteres voraus. Die den neuesten Berechnungen zu Grunde gelegten Voraussetzungen gehen meines Erachtens über das Maß der berechtigten Vorsicht hinaus. Ich glaube, wenn der Vorstand auch etwas günstigere Verhältnisse angenommen hätte, es würde wohl auch dann schwerlich irgend ein Kollege noch ernstlich Zweifel an der finanziellen Durchführbarkeit der Arbeitslosenunterstützung hegen.

Da sich die Gegnerschaft gegen die Arbeitslosenunterstützung heute wohl hauptsächlich nur noch aus gerade jener Gruppe rekrutirt, welche die finanzielle Möglichkeit des vorjährigen Vorschlages verneinte, so mag der Vorstand ja gut daran gethan haben, auch den größten Pessimisten im Voraus zu begegnen. Unter diesem Gesichtspunkte ist gegen die vom Vorstande aufgestellte Berechnung nichts einzuwenden. Der Vorstand ging zweifellos von dem Grundsatze aus, zu beweisen, daß die Arbeitslosenunterstützung nach seinen Vorschlägen finanziell gesichert sei, selbst unter der Voraussetzung solcher Mißverhältnisse, die kaum im Bereiche der Wahrscheinlichkeit liegen. Dies Bestreben hätte den Vorstand aber nicht abhalten sollen, auch jene Verhältnisse in Berücksichtigung zu ziehen, welche mit Einführung der Arbeitslosenunterstützung und der angenommenen ungünstigen Verhältnisse von selbst gegeben sind.

Ehe ich darauf eingehe, will ich aber erst auf einen thatsächlichen Uebelstand der Vorstandsberechnung eingehen, ein Uebelstand, für welchen den Vorstand allerdings kein Vorwurf treffen kann. Zweifellos ist die Berechnung des Vorstandes für den strengen Kritiker ohne Tadel, aber anders steht dies mit einer großen Anzahl unserer Kollegen, welche nicht Zeit und Muße, vielleicht auch noch nicht die nöthige Sachkenntniß haben, um mit leichter Mühe sich in der Berechnung zurecht finden zu können. Ich halte es daher für angebracht, kurz die neue vom Vorstand vorgeschlagene Form unter Zugrundlegung der auch vom Vorstand berücksichtigten ungünstigen Verhältnisse den Kollegen noch anders darzulegen, damit sie ohne Mühe ein klares Bild gewinnen.

Zunächst geht der Vorstandsvorschlag dahin, den Wochenbeitrag für männliche Mitglieder um 10 ₰, für weibliche um 5 ₰ zu erhöhen. Für diese Mehrleistung soll in Fällen von Arbeitslosigkeit eine Arbeitslosenunterstützung an ortsansässige Mitglieder geleistet werden. Die Karrenzzeit beträgt ein Jahr. Nach Eintritt der Bezugsberechtigung, also vom 2. Jahre, soll gezahlt werden eine Unterstützung von 6 M., im 3. J. 7 M., im 4. J. 8 M., im 5. J. 9 M. und im 6. J. 10 M. pro Woche auf die Dauer von 6 Wochen. Für die erste Woche der Arbeitslosigkeit wird keine Unterstützung gezahlt.

Nehmen wir nun die vom Vorstand angezogene höchste Arbeitslosenziffer von 6 Proz. zur Grundlage, so hätten wir in den ersten 5 Jahren bei der Annahme, daß sämmtliche Arbeitslose die Unterstützung für die höchste Dauer, 6 Wochen, beziehen würden, pro Jahr zu zahlen für

3600 Arbeitslose 6 × 8 M. = 172,800 M.
für 5 Jahre mithin 5 × 172,800 = 864,000 M.

Ich nehme 8 M. an als den Durchschnitt der 5 ersten Jahre.

An Beiträgen würden in diesen 5 Jahren mehr eingehen bei 60,000 Mitgliedern und nur 40 Wochenbeiträgen

60,000 × 40 × 10 × 5 = 1,200,000 M.
Davon ab Unterstützung 864,000 M.
und 2 Proz. Verwaltungskosten 28,000 M. = 902,000 M.
Mithin Ueberschuß . . . . . 298,000 M.

Rechnen wir für die Folge wieder mit der ungünstigen Annahme, daß alle Arbeitslosen 6 Wochen die höchste Unterstützung von 10 M. pro Woche beziehen, dann hätten wir zu zahlen bei 6 Proz. Arbeitslosen

3600 × 10 × 6 = **216,000 M.**

Demgegenüber stünde eine jährliche Mehreinnahme von

60,000 × 40 × 10 = **240,000 M.**,

mithin könnten wir dem Kassenbestande von 298,000 M. nach Ablauf der ersten fünf Bezugsjahre noch jährlich 24,000 M. hinzufügen und wäre damit die Arbeitslosenunterstützung vollauf gesichert.

Nun habe ich mich in Obigem geradeso wie der Vorstand auf Voraussetzungen gestützt, die durchaus zutreffend sind. Zunächst habe ich eine Arbeitslosigkeit von 6 Proz. zu Grunde gelegt, habe aber die für Reiseunterstützung gezahlten Summen nicht in Abzug gebracht. Rechnen wir bei 6 Proz. Arbeitslosen nur 1½ Proz. auf Reisegeldempfänger, dann hätten wir nur zu zahlen für die ersten 5 Jahre an 4½ Proz. Arbeitslose gleich 2700 × 8 × 6 × 5 = 648,000 M.

Rechnet man weiter statt einer allgemeinen sechswöchentlichen Unterstützungsdauer eine Durchschnittsdauer von 5 Wochen, dann verringert sich die Ausgabe um 108,000 M., es bleibt also eine Ausgabe von 540,000 M.

Nun noch Einiges zu den Einnahmen. Bei diesen habe ich oben wie der Vorstand, 40 Wochenbeiträge angenommen. Nun sollen aber gerade durch die Arbeitslosenunterstützung in unserem Verbande stabilere Verhältnisse geschaffen werden, und sie werden zweifellos geschaffen. Trotzdem will ich nicht volle 52 Wochenbeiträge berechnen, aber 45 dürfte nicht zu hoch gegriffen sein. Wir dürfen ferner nicht außer Acht lassen, daß die Unterstützung nur gewährt wird, wenn der Betreffende seine Beiträge voll gezahlt hat. Bei 45 Wochenbeiträgen würde sich unsere Mehreinnahme gestalten für die ersten 5 Jahre:

60,000 × 45 × 10 × 5 = **1,135,000 M.**

Da aber jetzt nur 37 Wochenbeiträge geleistet werden, so hätten wir außerdem eine Mehreinnahme an ordentlichen Beiträgen, das macht in 5 Jahren

60,000 × 8 × 20 ₰ × 5 = **480,000 M.**
Dazu obige . . . . . 1,350,000 M.
Sa. . **1,830,000 M.**
Ausgabe an Unterstützung 540,000 M.,
2 Proz. Verwaltungskosten 36,600 M. = 576,600 M.
Ueberschuß . . . . . **1,253,400 M.**

Nach Ablauf der ersten fünf Bezugsjahre würde sich die Rechnung wie folgt gestalten:

Neueinnahme pro Jahr:
60,000 × 45 Beiträge à 10 ₰ = 270,000 M.,
Mehreinnahme pro Jahr:
60,000 × 8 Beiträge à 20 ₰ = 96,000 M.
Sa. . **366,000 M.**

Ausgaben: Für Unterstützungen bei (wie oben) 4½ Proz. Arbeitslosen und höchster Unterstützung
2700 × 10 × 5 135,000 M.
Verwaltungskosten 7,320 M. = 142,320 M.
Jährlicher Ueberschuß . . . . **223,680 M.**

Rechnet man also eine Unterstützung von 10 M. pro Woche für jeden Arbeitslosen, was doch sicher über den Durchschnitt weit hinausgeht, dann würden die Einnahmen die Ausgaben um das 2½fache übersteigen. Zum Schluß will ich aber auch noch mit der Möglichkeit einer Arbeitslosenziffer von 10 Prozent rechnen. Für die Reiseunterstützung kommen davon in Abzug 3 Proz., wir hätten also an 4200 Mitglieder Arbeitslosenunterstützung zu zahlen, das macht nach der letzten Annahme:

4200 × 10 × 5 = 210,000 M.

Da die Einnahme sich aber auf 366,000 M. beläuft, so könnten wir sogar bei einer Beitragserhöhung von 5 ₰ auf **10** Jahre lang, bei einer Arbeitslosenziffer von **10** Proz., für jeden Arbeitslosen auf die Dauer von **5** Wochen pro Woche **10** M. Unterstützung zahlen. Denn erst im 10. Jahre würden wir den in den ersten Jahren angesammelten Fonds aufgezehrt haben. Daß wir aber mit Verhältnissen zu rechnen hätten, wonach 10 Jahre lang für jeden Arbeitslosen fünf Wochen lang pro Woche 10 M. Unterstützung gezahlt werden müßten, wird wohl nicht ernsthaft behauptet werden. Trotzdem könnten wir dies und zwar bei einer Beitragserhöhung von nur 5 ₰ die Woche. Ich halte daher die Einführung der Arbeitslosenunterstützung bei einer Beitragserhöhung von nur **5** ₰ pro Woche finanziell für durchaus gesichert. Obwohl ich entschieden für eine Erhöhung von 10 ₰ bin, um auch für andere Fälle Munition zu beschaffen, halte ich es doch für nothwendig, ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß zwecks Einführung der Arbeitslosenunterstützung eine Erhöhung des Wochenbeitrages um 10 ₰ nicht nothwendig ist.

Essen. W. D.

* * *

Erwiderung.

Auf die redaktionelle Note in Nr. 48 unserer Zeitung habe ich zu antworten:

In Heft 43 der „Neuen Zeit" 97/98, Seite 519, heißt es in dem von mir zitirten Artikel von Hänisch auf Zeile 36 von oben:

„An dieser Stelle sei übrigens die Bemerkung eingeflochten, daß sich die Arbeitslosenunterstützung natürlich nicht in gleicher Weise in allen Organisationen zur Einführung bringen läßt: die Branchen, in denen noch, wie in der Konfektion, gewissen Zweigen der Holzindustrie usw. die Heimarbeit eine bedeutsame Rolle spielt, dürften ihrer allgemeinen Durchführung bis auf Weiteres noch ebenso schwer zu beseitigende Hindernisse entgegenstellen, wie z. B. auch die Industriezweige mit vorherrschender Saisonarbeit (Maurer, Zimmerer u. A. m.)."

Ferner auf S. 521 d. gl. Nr.:

„5. Die Eigenthümlichkeiten gewisser Branchen, besonders solcher mit überwiegender Hausindustrie oder Saisonarbeit, dürften einstweilen der Durchführung der Arbeitslosenunterstützung erhebliche Schwierigkeiten bereiten."

Nun muß ich zugeben, daß ich das Wort „Indu-

strieverbände" gebrauchte. Da ich die „Neue Zeit" eben nicht zur Hand hatte, zitirte ich aus dem Gedächtniß und dabei ist mir der Lapsus unterlaufen.

Es ist mir selbstverständlich nicht im Geringsten in den Sinn gekommen, dem Gen. H. eine Aeußerung zu unterschieben, die er nicht gebraucht hat. Jedoch glaube ich wohl, daß gerade in der Metallindustrie die Saisonarbeit eine hervorragende Rolle spielt, ja sicher mehr als die Hälfte der Mitglieder ihr unterworfen sind.[1]) Wenn Gen. H. den Metallarbeiter-Verband nicht mit unter den betreffenden Gewerben anführt, ist dies selbstverständlich, da er theilweise sein Material aus der „Met.-Ztg." schöpfte.[2]) Damit ist die Sache für mich erledigt, denn nicht auf eine Aeußerung für oder gegen will ich mich versteifen, sondern darauf, daß wir die Frage nach allen Seiten hin erörtern.

München. K. Vorhölzer.

* * *

Berichtigung.

In unserem „An unsere Mitglieder" überschriebenen Artikel in Nr. 48 sind folgende Druckfehler enthalten, die wir hierdurch berichtigen:

Seite 1, Spalte 2, heißt es in Zeile 4 von oben: . . . „im halben Jahre" . . .; es muß heißen: im **selben** Jahre.

Seite 2, Spalte 1, muß es auf Zeile 38 von unten statt 6% der Mitglieder 10% heißen.

Seite 2, Spalte, 3 muß es auf Zeile 37 von oben statt 714 ℳ heißen: 717 ℳ.

Der Vorstand des D. M.-V.

Das sächsische „Juwel" in der Praxis und die Rechtsprechung.

Dresden, 27. November.

Daß die neuen Bestimmungen des Vereins- und Versammlungsgesetzes den Arbeitern, welche sich in Versammlungen bethätigen und bewegen, Scherereien mit Behörden und Gerichten in Fülle bringen würden, ist den Herren Gesetzesmachern eindringlich vorausgesagt worden. Einen neuen Beleg dafür liefert wieder folgender, durch die begleitenden Umstände besonders interessante Fall. Am 23. August fand im „Trianon" in Dresden eine von etwa 300 Personen besuchte öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, in welcher Genosse Heincke über: „Die Degeneration der Arbeiterklasse, und wie ist dem entgegen zu wirken?" referirte. Hinterher haben nun acht Minderjährige, welche an der Versammlung theilnahmen, sowie der Vorsitzende der Versammlung, Metallarbeiter Haußmann, weil er die Minderjährigen nicht hinausgewiesen hat, je ein auf 10 ℳ lautendes Strafmandat erhalten, weil die Behörde die Versammlung, bezw. den Vortrag als „politisch" angesehen hat. Gegen sieben der Strafbefehle wurde gerichtliche Entscheidung beantragt.

Die Verhandlung vor dem Schöffengericht in Dresden über die Sache hat nun Folgendes ergeben. Der Beamte, der die schriftliche Anmeldung der Versammlung entgegennahm, hat auf diese Anmeldung, die immer dem Beamten, der mit der Ueberwachung der Versammlung betraut wird, eingehändigt wird, den Vermerk „politisch" gemacht. Für ihn, sowie für den betreffenden Ueberwachenden stand also von vornherein fest, daß der Vortrag politisch sei. Davon wurde aber weder dem Einberufer, noch dem Vorsitzenden ein Sterbenswörtchen gesagt. Letzterer wurde dadurch, daß der Beamte Alles seinen ruhigen Gang gehen ließ, in seinem Glauben, daß der Vortrag nicht politisch sei, und auch von der Behörde nicht dafür angesehen werde, bestärkt; er unterließ es daher, die Minderjährigen hinauszuweisen. Der Ueberwachende hat aber ganz im Stillen seine Vorkehrungen in der Weise getroffen, daß ein Zivilgendarm sich unter die Zuhörer mischte und anscheinend Minderjährige notirte, ohne den Grund anzugeben, warum das geschähe. Nur dem Einen hatte man gesagt, worum sich's handele. Dieser wandte sich auch zum Gehen, um das Versammlungslokal zu verlassen, und war schon im Gehen auf dem Hausflur, als ihm ein anderer Gendarm in Uniform erklärte, er (der Minderjährige) könne wieder hineingehen in die Versammlung, „es würde sich drinnen schon ausweisen". Selbstverständlich war nun der junge Mensch in dem guten Glauben, nichts Ungesetzliches zu thun, wenn er wieder in die Versammlung ging, weil ihm **der Beamte** ja diese Weisung gegeben hatte. Trotzdem bekam auch er ein Strafmandat.

Der damalige Vorsitzende Haußmann erklärt, nicht entfernt daran gedacht zu haben, daß man den rein geschichtlich-historischen Vortrag für politisch ansehen könne. Man habe gerade deshalb diesen Vortrag gewählt. Soweit von der Organisation der Arbeiter gesprochen worden sei, sei nur von gewerkschaftlicher Organisation die Rede gewesen.

Die anderen Angeklagten wissen überhaupt nicht, warum sie bestraft werden sollen. Sie sind nur aus Interesse an ihrer Gewerkschaft in die Versammlung gegangen; was Politik ist, wissen sie überhaupt nicht. Sie sind von keiner Seite zum Verlassen des Saales aufgefordert oder über die Situation aufgeklärt worden.

Der Kriminalgendarm Ungebauer kann über den Vortrag selbst nichts sagen, als wie, daß von der Sozialdemokratie die Rede gewesen sei. Auf weiteres Befragen gibt er zu, auch das nicht bestimmt sagen zu können. Von der Gewerkschaft sei aber bestimmt gesprochen worden, und das sei ja auch nichts anderes. (!) Trotzdem der Zeuge vom Vortrag eigentlich gar nichts weiß, weil er alle Hände voll mit dem Notiren Minderjähriger zu thun hatte, erklärt er aber, der Vortrag sei politisch gewesen, das habe ja auch die Polizeidirektion gesagt.

Dasselbe behauptet der eigentliche Ueberwachende jener Versammlung, Kriminalgendarm Ehrlich. Aus dem Kopfe weiß er von dem Vortrage nur, daß auf den geringen Verdienst und die lange Arbeitszeit, sowie die schlechte Behandlung der Arbeiter seitens der Unternehmer hingewiesen worden sei. Zeuge verweist auf das schriftliche Protokoll, welches er über die Versammlung aufgenommen hat. Das ist aber auch nicht in der Versammlung selbst — hier hat er nur Notizen durch Stichwörter gemacht, — sondern erst zu Hause geschehen.

Die Verhandlung wurde hier unterbrochen, und der Zeuge mußte das ominöse Protokoll holen. Er verliest dieses Protokoll über einen 1½stündigen Vortrag in ungefähr 3 Minuten; dasselbe läßt aber keinen klaren Blick in den wirklichen Gedankengang des Vortrages zu. Es sind einige offenbar aus dem Zusammenhang gerissene Sätze, in welchen die Worte Krieg, Militarismus, Fürsten, Kirche, Kreuzzüge ꝛc. vorkommen. Unter Anderem hat der Beamte auch einen Satz aufgeschrieben, nach welchem der Referent gesagt haben soll, die Organisationen der Arbeiter hätten den Zweck, das Vaterland zu vertheidigen. (Daß einer unserer rednerisch thätigen Genossen solchen offenbaren Unsinn reden sollte, ist doch wohl ausgeschlossen.)

Zeuge Haack bekundet, daß er sich, als er das Notiren der Beamten im Saale bemerkte, nach dem Vortrag zur Geschäftsordnung zum Wort gemeldet hat, um sein Befremden über seine Wahrnehmung auszusprechen. Auf seine indirekte Herausforderung, daß den Vortrag gewiß Niemand für politisch halten könne, haben die Beamten nicht im geringsten reagirt.

Der Vertheidiger plädirte für Freisprechung. Der Vortrag könne unmöglich ohne Weiteres als politisch angesehen werden. That dies aber die Behörde von vornherein, so hatte der Beamte die Pflicht, den Leiter der Versammlung darauf aufmerksam zu machen. Das gerade Gegentheil hat aber der Beamte gethan, der den Minderjährigen sogar noch in den Saal hineinwies.

Diese Gründe erkannte das Gericht nicht an. Es wurden vielmehr Haußmann zu 20 ℳ Geldstrafe oder vier Tagen Haft verurtheilt, das Strafmaß also verdoppelt, während die anderen zu je 10 ℳ verdonnert wurden, nur ein noch nicht 18 Jahre alter Angeklagter wurde freigesprochen, weil man bei ihm die erforderliche Einsicht vermißte. Die Merkmale des „politischen" Vortrages fand man darin, daß von innerpolitischen Verhältnissen und deren Ausgestaltung zu Gunsten der Arbeiter die Rede gewesen sei. Es sei von den Feinden der Arbeiter, von Militär und Kirche, sowie dem Kampf der Arbeiter dagegen gesprochen worden, was zweifellos auf dem Gebiet der inneren Politik liege. Es sei „rechtsirrthümlich", wenn der Vortrag von den Angeklagten nicht für politisch gehalten worden sei. Der Einwand sei aber nicht stichhaltig, da Leute über 18 Jahre alt in der Lage sind, so etwas richtig beurtheilen zu können. (!)

So das Urtheil. Der letzte Satz ist besonders charakteristisch, weil durch ihn der Grundsatz aufgestellt wird, daß man auch die Minderjährigen in den fraglichen Fällen neben dem Vorsitzenden, wenn dieser die fragliche Aufforderung unterlassen hat, bestrafen kann. Das ist ein Zustand, den man bisher trotz alledem für unmöglich gehalten hat, und der nach unserm Dafürhalten keineswegs dem Sinne des Gesetzes entspricht. Wir werden deshalb die Sache bis zur höchsten Instanz durchfechten, um eine prinzipielle endgiltige Entscheidung herbeizuführen.

Schwarze Listen in Braunschweig.

Dem „Braunschweiger Volksfreund" wehte der Wind folgendes Blatt zu:

„Die Dreher und Hobler der Firma A. Wilke hier haben nach ordnungsmäßiger Kündigung die Arbeit niedergelegt, weil eine mäßige Herabsetzung der zu hohen Akkordpreise angeordnet war. Der „Volksfreund" warnt vor Zuzug und erscheint es deshalb empfehlenswerth, keinen der von der Firma A. Wilke am 23. d. M. entlassenen Arbeiter zur Zeit einzustellen. Es ist begründete Hoffnung vorhanden, daß Einige der Entlassenen die Arbeit bei der betr. Firma wieder aufnehmen, wenn sie hier in keinem anderen Werke Arbeit finden, und dadurch diese Angelegenheit ohne weitere Folgen beseitigt wird.

Mit der Bitte, diese Sache streng vertraulich zu behandeln, zeichnet

Braunschweig, den 26. Nov. 1898.

Hochachtungsvoll
Der Verein
Braunschw. Metall-Industrieller.
Der Vorstand."

Wie hieß es doch in der bekannten Rede des deutschen Kaisers in Bielefeld? „Schwerste Strafe Demjenigen, der Andere an freiwilliger Arbeit hindert!" Daß der Vorstand des Vereins braunschw. Metallindustrieller die nach ordnungsmäßiger Kündigung aus dem Betrieb von A. Wilke ausgeschiedenen Leute „an freiwilliger Arbeit hindert", wird er doch wohl selbst nicht bestreiten wollen, und daß sich in obigem Zirkular ein nicht genug zu brandmarkender Unternehmerhochmuth widerspiegelt, der es wagt, in terroristischer Weise Elend über Arbeiterfamilien zu bringen, deren ganze Schuld darin liegt, daß ihre Häupter nicht zu Löhnen arbeiten wollten, die sie als unzureichend für die Erhaltung ihrer Person und ihrer Familie ansahen. Ist das aber nicht ihr gutes Recht, ihre Arbeitskraft da zu verkaufen, wo sie die beste Bezahlung dafür erhalten? Was thun denn die Jüdel, Wilke, Konegen usw. anderes, wenn sie ihre Maschinen nur an diejenigen liefern, die ihnen gute Preise zahlen, und denjenigen vorenthalten, welche diese Preise nicht bewilligen wollen? Gegen den Terrorismus, den durch diese schwarzen Listen die braunschweigischen Metallindustriellen gegen die Wilke'schen Arbeiter anwenden, sind aber alle Ammenmärchen, die jetzt unter der Stichmarke „Sozialdemokratischer Terrorismus" im Schwunge sind, das reine Kinderspiel.

„Mit schwerster Strafe" hat, wie wir hervorhoben, die höchste Stelle im deutschen Reich das Vergehen bedroht, dessen sich der Vorstand des Vereins Braunschweiger Metallindustrieller schuldig gemacht hat und wobei wir ihn in flagranti ertappt haben. Was ist aber „schwerste Strafe"? Wenn wir von der nur für bestimmte Verbrechen gesetzlich zulässigen Todesstrafe absehen, die Zuchthausstrafe. Daß der deutsche Kaiser sie in Bielefeld wohl auch schon im Auge gehabt hat, hat er in Oeynhausen bestätigt. Darum wehe dem unglücklichen Vorstand des Vereins Braunschweiger Metallindustrieller, dessen im Verborgenen begangenes Verbrechen wir so rücksichtslos aufgedeckt haben. Wenn es den Herren nicht gelingt, kniefällig den Braunschweiger Staatsanwalt um Schonung und Milde anzuflehen, dann werden wir sie demnächst mit geschorenem Haupt- und Barthaar im Zuchthäuslergewand als Insassen der Landesstrafanstalt zu Wolfenbüttel begrüßen können.

Welch ein erhebender Anblick wird das werden!

Aus Oesterreich.

Wien, den 1. Dezember.

Der Arbeitsbeirath hielt am 14. und 15. November unter dem Vorsitz des Handelsministers Dipauli seine zweite Sitzung ab. Der Handelsminister eröffnete die Berathungen mit einer Ansprache, aus welcher unzweideutig hervorgeht die Unlust, die dieser fromme Herr an dieser Hinterlassenschaft seines Amtsvorgängers empfindet. Aber die Ansprache des Handelsministers zeigte auch, wie herzlich wenig er von seinem Ressort versteht. Der vom kürzlich aus dem Amte geschiedenen Handelsminister Dr. Baernreither geschaffene Arbeitsbeirath ist dem Gedanken entsprungen, daß die Arbeit in ihren verschiedenen Beziehungen zur wirthschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung spezialisirender Studien bedürfe, daß diese Studien sich ergänzen und verdichten sollen, um Gesetzgebung und Verwaltung praktisch zu beeinflussen. Vielfach wurden seitens der Unternehmer Ansichten ausgesprochen, daß es auf diesem Wege gelingen dürfte, die Arbeiterbewegung in „praktische Bahnen" zu leiten, was offenbar heißen soll, zur Aufgebung des Klassenkampfes. Natürlich sind die Ausbeuter nun um eine Erfahrung reicher geworden, denn ihre Hoffnungen haben sich selbstverständlich nicht bewahrheitet. Und deshalb beschimpfen die Unternehmerblätter diese neue Institution in der unflätigsten Weise. Die „Industrie", das Organ der sogenannten „einsichtsvolleren" Unternehmerverbände, bezeichnet den Arbeitsrath direkt als „Mißgeburt" und tobt in einem langen Leitartikel gegen ihn. Sie ist entrüstet, weil der Arbeitsrath bereits mehr gethan hat, als der Industrierath, der über Formalitäten noch nicht hinausgekommen ist, und macht für diese Schändlichkeit, vielleicht nicht ganz mit Unrecht, die Arbeitervertreter, die Sozialdemokraten, mit verantwortlich, die im Arbeitsrath sitzen, während der Industrierath bekanntlich frei ist von dieser Schmach und in fleckenloser Reinheit ausschließlich von den Industriellen beschickt ist. Den österreichischen Ausbeutern scheint diese Institution sehr unangenehm zu werden und deshalb speien ihre Soldschreiber Gift und Galle. Uebrigens ist es ganz bezeichnend, daß in dem Arbeitsrath, an den so viele Hoffnungen der „Harmonie" geknüpft werden, die Sozialdemokraten ganz ruhig und sachlich diskutiren, bereit sind zu jeder Arbeit und durchaus nicht kriegerisch auftreten, während die Unternehmer bei der ersten, überdies recht unpassenden Gelegenheit das Kriegsbeil ausgraben und drohend schwingen. Die Arbeiter fühlen sich trotz ihrer Minderheit stark durch ihre gute Sache und das Bewußtsein, sie mit allen Mitteln der Erfahrung und Kenntniß der Thatsachen vertreten zu können; die Unternehmer aber, trotz ihres natürlichen und künstlichen Uebergewichtes, zeigen „der Schwäche Kraft", sie drohen in ihrer Presse, werden grob und unangenehm, weil sie empfinden, daß sie nicht dabei gewinnen, wenn ihre Sache öffentlich und sachlich diskutirt wird. Sie haben ja Alles, nur Recht haben sie nicht. —

Die Arbeiterfeindlichkeit der christlich-sozialen Partei wird von derselben in geradezu zynischer Weise an den Tag gelegt. Wir haben schon seinerzeit berichtet, wie gemein diese Clique sich den Arbeitern gegenüber benahm anläßlich der Vergebung der kommunalen Gasarbeiten. Damals verlangten die Spengler, Gasrohrleger und Former, daß die Arbeiten nur an solche Unternehmer vergeben werden sollten, die die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter einhalten und einen entsprechenden Minimallohn zahlen. Vom Bürgermeister der Stadt Wien wurde den Arbeitern bedeutet, daß sich die Gemeinde um solche Dinge nicht kümmere, wenn die Arbeiter mehr verdienen wollen, sollen sie nur recht lange arbeiten, denn je länger die Arbeitszeit um so größer der Verdienst. Genau so bornirt benahm sich die christlich-soziale Majorität des Wiener Gemeinderathes anläßlich der Berathung des neuen Tramwayvertrages, nach welchem der Elektrizitätsgesellschaft Siemens & Halske die Erbauung und der Betrieb elektrischer Straßenbahnen übergeben wurde. Gemeinderath Sonntag — einer der sehr wenigen politisch anständigen Gemeinderäthe — stellte den Antrag: „Die Gesellschaft verpflichtet sich, die Bediensteten der alten Wiener Tramwaygesellschaft zu übernehmen und sie in ihren Bezügen und Pensionsansprüchen nicht zu verkürzen. Die Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse hat im Einvernehmen der Gesellschaft mit der Gemeinde zu erfolgen; insbesondere ist die Gesellschaft verpflichtet, einen von der Gemeinde festgesetzten Maximalarbeitstag und Minimallohn einzuhalten. Die neue Gesellschaft ist verpflichtet, ihren Bediensteten eine Altersversorgung zu gewähren." — Diese beiden Verlangen wurden von den christlich-sozialen Volksbetrügern mit Rufen des größten Mißfallens und des energischsten Widerspruches aufgenommen, der sich noch steigerte als dieser Gemeinderath die Forderung nach einer Altersversorgung der Tramwayklaven stellte. „Dös a no!" rief man ihm zu. In diesem Satze allein verkörpert sich die kolossale Volksfeindlichkeit unserer christlich-sozialen Sippe, die bei jeder Gelegenheit über die organisirte Arbeiterschaft wie tollgewordene Fanghunde herfällt. —

Ende Oktober fand in Prag ein Fachtag der österreichischen Schmiede statt. Aus den von den einzelnen Delegirten erstatteten Situationsberichten läßt sich auf das unsäglich Traurige der Lage dieser Kategorie der Metallar-

[1]) Wir behaupten dagegen, daß gerade in der Metallindustrie relativ mit die wenigste Saisonarbeit existirt. Red.

[2]) Bei der vorjährigen Diskussion in diesem Blatte ist aber auch die Saisonarbeit als Grund gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Met.-Verb. angeführt worden. Hänisch hält diesen Grund bezüglich der Metallindustrie also offenbar nicht für stichhaltig. Red

beiter schließen. Es berichtete der Delegirte von Reichenberg: In der Stadt und Umgebung gibt es ungefähr 150 Schmiede, durchwegs unorganisirt. Die Arbeitszeit ist von 6 Uhr Früh bis 7 Uhr Abends, aber auch von 5 Uhr Früh bis 8 Uhr Abends. Der Feuerbursche hat einen Wochenlohn von 9—12 fl., der Helfer 5—7 fl. In der Bahnwerkstätte haben die Schmiede 10—15 kr. Stundenlohn. In Gablonz sind die Verhältnisse noch schlechter. — Der Delegirte aus Pilsen: Hier gibt es 80 Schmiedegehilfen. In der Wagenfabrik Brozik arbeiten 14 Gehilfen und 21 Lehrlinge. Die Sonntagsruhe wird nicht eingehalten, Lohn bei Kost und Logis 1 fl. bis 2,50 wöchentlich, ohne Kost 6—7 fl. Arbeitszeit 12—14 Stunden. — In Prag sind bei 32 Meistern ungefähr 100 Arbeiter beschäftigt bei einem Lohn von 6,50 bis 14 fl. wöchentlich. Nur in 4 bis 5 Werkstätten wird der nach dem letzten Streik vereinbarte Minimallohn von 8 fl. eingehalten. Arbeitszeit 11stündig. — Ueber die Verhältnisse in Wien wurde berichtet: Bei Kleinmeistern sind 1160 Arbeiter beschäftigt, in den Tramwaywerkstätten und bei anderen Transportanstalten 180. In der Organisation stehen 540. Die Arbeitszeit ist zehnstündig. 93 Meister arbeiten nur mit Lehrlingen. Durchschnittslohn wöchentlich 11,20 fl. Der Delegirte beklagt sich über die vielen Streikbrecher aus Böhmen anläßlich des letzten Streiks, bei dem nach fünfmonatlichem Kampf eine ziemlich erträgliche Arbeitsordnung errungen würde. — Aus Graz wird berichtet: Von 143 Arbeitern stehen 60 in der Organisation. Lohn bei Kost und Logis 1,50 fl. wöchentlich. Ein Feuerbursche hat 6—7 fl. Wochenlohn. Die Streikbrecher kommen aus Kroatien und Slavonien. In der Waggonfabrik sind 380 Schmiede beschäftigt, es wird aber nur 4 Tage in der Woche gearbeitet. — Bei Ringhoffer in Smichow wird 10 Stunden gearbeitet. Der Jahreslohn ist bei 100 Arbeitern 550—600 fl., bei 40 Arbeitern 600—700 fl., bei 48 Arbeitern 700—800 fl., bei 36 Arbeitern 800—900 fl., bei 31 Arbeitern 900—1000 fl., bei 25 Arbeitern 1000—1100 fl., bei 11 Arbeitern 1100 bis 1200 fl. 2c. Die Sterblichkeit ist eine riesige, die meisten sterben im Alter von 30—40 Jahren. — In den Staatsbahnwerkstätten in Bubna wird seit dem letzten Streik 9½ Stunden gearbeitet. Es werden über 30 Schmiede im Akkord beschäftigt. Der Tagesverdienst beträgt beim kleinen Feuer 4,50—6,40 fl., davon bekommt der Helfer 40 Prozent. Beim großen Feuer werden täglich bis 9 fl. verdient, wovon der Schmied 44, die zwei Helfer zusammen 56 Proz. erhalten. Bis auf 3 stehen alle Schmiede in der Organisation. — In der Prager Maschinenbauanstalt (vormals Ruston) wird im Akkord gearbeitet. Beim kleinen Feuer erhält der Schmied 60, der Helfer 40 Prozent, beim Großfeuer der Schmied 50, die beiden Helfer ebenfalls 50 Proz. des Verdienstes. Der Schmied kommt auf 16—20 fl., die Helfer auf 13—15 fl. wöchentlich. In der Organisation stehen von 40 Schmieden 12. — Bei Danek in Karolinenthal sind bei der Montage 64 und in der Kesselschmiede 30 Schmiede beschäftigt. Gearbeitet wird im Akkord; beim Kleinfeuer werden 30 fl. verdient. Davon bekommt 43 Proz. der Helfer und 57 Proz. der Schmied; beim Großfeuer werden 40—60 fl. verdient; die Vertheilung ist umgekehrt: die zwei Gehilfen erhalten 57, der Schmied 43 Proz. In der Kesselschmiede wird im Taglohn gearbeitet. Nur 8 Schmiede stehen in der Organisation. Es berichten ferner über die Verhältnisse in den Kleinbetrieben die Delegirten von Nimburg, Lieben, Zizkov, Weinberge, Nusle, Pankraz und aus einigen Fabriken in Bubna, Smichow und Karolinenthal. Der Lohn ist sehr verschieden, er schwankt zwischen 7—12 fl. bei einer Arbeitszeit von 11—12 Stunden.

Beschlossen wurden folgende Resolutionen:

1. Es soll mit allen zweckdienlichen Mitteln dahingearbeitet werden, damit die Lebenshaltung der Fachgenossen auf ein höheres Niveau gebracht wird.

2. Da durch Verkürzung der Arbeitszeit das Arbeitsquantum verringert und durch die größere Nachfrage nach Arbeitskräften das Sinken des Lohnes verhindert wird, erklärt sich der Fachtag für den achtstündigen Arbeitstag.

3. Da in den Großbetrieben des Faches der Zehnstundentag größtentheils eingeführt ist, sollen auch die Arbeiter der Kleinbetriebe dahin wirken, daß die zehnstündige Arbeitszeit nirgends überschritten wird. Ueberstunden sollen nur zugelassen werden, wenn es keine Arbeitslosen gibt; für Ueberstunden ist ein 25proz. Aufschlag zu verlangen.

4. Allgemein soll für Abschaffung der Akkordarbeit eingetreten und die Einführung eines Minimallohnes gefordert werden, der nach den örtlichen Verhältnissen zu bemessen ist.

5. Lehrlinge sollen im entsprechenden Verhältniß zur Zahl der Gehilfen beschäftigt werden. Die Lehrlinge sollen nur zu gewerblichen Arbeiten verwendet werden.

6. Die bedingungslose 36stündige Sonntagsruhe ist anzustreben.

Bei Punkt „Organisation und Taktik" gelangte folgende Entschließung zur Annahme:

1. Die Verbindung der Schmiedeorganisation in Böhmen mit dem Fachvereine für Oesterreich.

2. Aufstellung von Vertrauensmännern, die Konferenzen einberufen und statistisches Material sammeln sollen, überall, wo es nothwendig ist.

3. Gründung eines Widerstandsfonds für Lohnkämpfe.

4. Pflege der Arbeitsvermittlung durch die organisirten Arbeiter.

5. Die sozialdemokratischen Abgeordneten sollen ersucht werden, dahin zu wirken, daß die Unfallversicherung auf die Kleinbetriebe ausgedehnt wird.

Ferner wurde beschlossen, nachdem die Schmiede der Unfallversicherung nicht unterstehen, im ganzen Reiche eine entsprechende Aktion für die Einbeziehung der Schmiederei in die Unfallversicherung zu veranstalten.

Metallarbeiterkonferenz in Bochum.

Am Sonntag, den 20. November, tagte in Bochum eine Konferenz der Zahlstellen des engeren Ruhrgebiets. Vertreten waren 12 Zahlstellen aus acht Orten: Hagen, Dortmund, Hörde, Witten, Bochum, Duisburg, Mülheim, Essen. Auf der Tagesordnung stand: Wie heben wir den Deutschen Metallarbeiterverband im Ruhrrevier? Kollege Düwell verbreitete sich in längeren Ausführungen über die eigenartigen Verhältnisse im Ruhrgebiete. Man habe hier mit dem Großkapitalismus in seiner höchsten Entwicklung zu kämpfen. Die sich hier zeigenden Mißstände könnten nicht genügend als Agitationsstoff benützt werden, weil die lokale Arbeiterpresse für die Fabrikarbeiter zu wenig eintrete, allerdings meist auch nicht in der Lage dazu sei, weil nach dieser Richtung hin eine fachmännische Mitarbeiterschaft fehle. Auch sei man nicht in der Lage, durch Massenversammlungen das allgemeine Interesse in Anspruch zu nehmen. Im ganzen eigentlichen Ruhrgebiet mit seinen über 200,000 Metallarbeitern bestünden nur in 8 Orten Zahlstellen. Dadurch werde die Organisation in ihrer Entwicklung nicht nur gehemmt, sie würde sogar direkt geschädigt, weil die Zureisenden an Orten ohne Zahlstelle, sehr oft in Folge der Umständlichkeiten, auf weitere Mitgliedschaft verzichteten. Es sei daher nothwendig, das ganze Ruhrbecken mit einem Netze von Zahlstellen zu überziehen, in der Weise, daß an allen kleineren Orten Zweigzahlstellen gegründet würden, die sich den bestehenden Zahlstellen der größeren Orte so lange angliedern sollten, bis eine eigene Verwaltungsstelle vollständig gesichert sei. Als weiteren Grund für den schlechten Stand der Organisation im Ruhrrevier bezeichnete Redner die sogenannten christlichen Gewerkvereine. Er schilderte in ausführlicher Weise die Entstehung der christlich-sozialen Bewegung und deren Entwicklung. Unter Vorführung des vom Domkapitular Moufang entwickelten Programms und dessen Handhabung in der Praxis, ausgeübt von den Hetzkaplänen, ferner durch Hinweis auf die von den heutigen „christlichen" Gewerkvereinen befolgte Taktik wies Redner nach, daß durch die angeführten Gewerkvereine die Arbeiter nur verhetzt würden. Daher müsse das eigentliche Wesen der Gewerkvereine fortgesetzt beleuchtet werden, sodann aber müsse man sich innerhalb der Organisation auf rein wirthschaftlichen Boden stellen und der Allgemeinheit zeigen, daß der D. M.-V. für die wirthschaftlichen Interessen der Metallarbeiter eintrete. Um den angeführten Mißständen begegnen zu können, machte der Referent folgenden Vorschlag: Für das Ruhrgebiet soll ein besoldeter Vertrauensmann angestellt werden. Derselbe soll überall Zweigzahlstellen in's Leben rufen, mit den einzelnen Vertrauenspersonen ständig in Verbindung stehen, von diesen alle, die Metallarbeiter interessirenden Vorkommnisse in Erfahrung bringen und deren Publikation in geeigneter Weise in der gesammten in Betracht kommenden Arbeiterpresse besorgen. Ferner soll der Vertrauensmann regelmäßig Vorträge halten, zu welchen die nächstgelegenen Zahlsten jedesmal zu einer kombinirten Versammlung sich vereinigen. Ferner soll derselbe dafür Sorge tragen, daß in Massenversammlungen zu den wichtigsten Fragen Stellung genommen wird.

In der Diskussion sprach sich besonders der als Gast anwesende Vertrauensmann Wallbrecht-Düsseldorf dahin aus, daß man dem Vorstande die Eintheilung der Bezirke gemäß den Remscheider Beschlüssen vollständig überlassen möge. In demselben Sinne äußerten sich die Delegirten von Witten und Dortmund. Folgende Resolution gelangte darauf zur Annahme: „Die heute am 20. November in Bochum tagende Konferenz der Zahlstellen des Metallarbeiterverbandes aus dem engeren Ruhrgebiet hält es im Interesse des Verbandes für nothwendig, daß für das eigentliche Ruhrrevier eine Filale des Metallarbeiter-Verbandes errichtet wird. Es ist nothwendig, daß hier ein Verbandsbeamter angestellt wird, der in der örtlichen Arbeiterpresse fortlaufend die für die Metallarbeiter interessanten Fragen erörtert, ferner agitatorisch dahin wirkt, daß an allen Industrieorten Zahlstellen errichtet werden und durch Vorträge belehrend und agitatorisch thätig ist. Die Konferenz wünscht, daß auf der nächsten Generalversammlung speziell ein Delegirter aus dem Ruhrrevier diesen Standpunkt vertritt."

Dagegen stimmten die Delegirten von Dortmund, Hagen und Witten. Der Delegirte von Witten war für Anstellung eines unbesoldeten Vertrauensmannes. Daß aber etwas geschehen müsse in der vorgeschlagenen Richtung, um die Organisation zu heben, darüber herrschte nur eine Stimme.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung, Arbeitslosenunterstützung, hielt Kollege Düwell ein kurzes Referat, in welchem er sich im Prinzip für Einführung der Arbeitslosenunterstützung aussprach, betreffs der Form hielt Redner eine Diskussion noch nicht für angebracht, weil der Vorstandsantrag noch nicht vorliege. Nach längerer Diskussion wurde eine Resolution mit 9 gegen 5 Stimmen angenommen, welche sich für Einführung der Arbeitslosenunterstützung ausspricht. Gegen diese Resolution waren die Delegirten von Dortmund, Witten und Hagen.

Konferenz für Nordwest-Deutschland.

Abgehalten am Sonntag, den 20. November 1898, im „Kolosseum" zu Bremerhaven.

Die Konferenz wurde Vormittags 11 Uhr vom Vertrauensmann Kollege Block eröffnet. Die Tagesordnung wurde wie folgt festgestellt:

1. Bericht des Agitationskomitees und Abrechnung.
2. Bericht der Delegirten.
3. Agitation.
4. Wahl des Vorortes.
5. Arbeitslosenunterstützung.
6. Verschiedenes.

Das Bureau setzt sich zusammen: Pallaske-Bremerhaven, Vorsitzender; Pollack-Bremerhaven und Tobias-Bremen, Schriftführer.

Vertreten sind auf der Konferenz: Bremen durch 3, Bremerhaven 3, Bant-Wilhelmshaven 2, Oldenburg, Delmenhorst, Brake und Vegesak durch je 1 Delegirten. Leer hatte abgesehen, die Konferenz zu beschicken wegen zu großer Unkosten.

Hierauf wurde die Konferenz vertagt bis 2 Uhr Nachmittags.

Kurz nach 2 Uhr wurde dieselbe von dem Vorsitzenden Pallaske wieder eröffnet. Derselbe heißt die erschienenen Delegirten willkommen und spricht die Hoffnung aus, daß die Berathungen und Beschlüsse der Konferenz dem Verbande zum Segen gereichen werden.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung erhält Block-Bremen das Wort. Derselbe gibt den Bericht des Vertrauensmannes und des Agitationskomitees. Die Ausgaben für das letztere, für Referenten 2c. beliefen sich auf 91,65 ℳ. Die Einnahmen betrugen 196,10 ℳ, mithin belief sich der Kassenbestand auf 104,45 ℳ. Die Kassenführung 2c. sei geprüft und für richtig befunden.

Beim 2. Punkt der Tagesordnung geben die Delegirten ihren Bericht ab, woraus zu ersehen ist, daß die Organisation noch lange nicht so stark ist, wie sie sein sollte. Hauptsächlich von Bant-Wilhelmshaven wird hervorgehoben, daß die Agitation eine sehr schwierige sei, namentlich auf der Werft.

Ueber den 3. Punkt hält Kollege Pallaske einen kurzen Vortrag; er betont, daß die Mitglieder sich verpflichtet fühlen müßten, nicht nur ihre Beiträge zu zahlen, sondern stets lebhaft von Mund zu Mund zu agitiren. Die Agitation müsse für Nordwest-Deutschland einheitlicher wie bisher betrieben werden.

Beim 4. Punkt wird Bremerhaven als Vorort gewählt.

Sodann wird die Arbeitslosenunterstützung zur Debatte gestellt: Bant-Wilhelmshaven bringt folgende Resolution ein:

„Die heutige Konferenz spricht sich prinzipiell für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung aus und beauftragt den Verbandsvorstand, der nächsten Generalversammlung eine diesbezügliche Vorlage zu unterbreiten."

Nach längerer Debatte wird die Resolution angenommen.

Unter Verschiedenes wird beschlossen, die nächste Konferenz in Oldenburg abzuhalten und zwar im November nächsten Jahres.

Von der Verwaltungsstelle Brake wird der Antrag gestellt, daß den Delegirten, speziell von Zahlstellen mit wenigen Mitgliedern, Unterstützung zu den Unkosten der Delegirtenreisen zu Theil wird. Dieser Antrag wird nach kurzer Diskussion angenommen, derselbe hat rückwirkende Kraft.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Der Vorsitzende Pallaske dankt den Delegirten für ihre Thätigkeit. Man möge auch in Zukunft mit frischer Kraft weiter arbeiten, dann werde man dem Ziele immer näher kommen. In der Hoffnung, daß ein Jeder sich dieses zur Pflicht mache, schließt der Vorsitzende kurz nach 6 Uhr die Konferenz.

Fr. Pollack, Schriftführer.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Zu den in Nr. 49 veröffentlichten 75 Wahlabtheilungen kommt noch die

76. Kiel, Allgem. (R. Wissell, Möllingstraße 26, H. p. r.). Kiel: Allgem., Klempner. Neumühlen. 1

In der 58. Wahlabtheilung muß es heißen Apfelallee **45.**

Im **Wahlreglement** (s. Nr. 49) ist im letzten Absatz des Abschnittes „Vorschläge von Kandidaten" statt 1897 **1899** zu lesen.

* * *

Bekanntmachung.

Anschließend an unsere Bekanntmachung in Nr. 46 d. Ztg. machen wir bekannt, daß auf der Generalversammlung zur Berathung kommende Anträge **zehn Wochen** vor Eröffnung der Generalversammlung an den Vorstand eingesandt sein müssen und ersuchen wir, die Einsendung derselben so zeitig zu bewerkstelligen, daß sie **spätestens am 21. Januar 1899** in unseren Händen sind.

Die Anträge bitten wir auf ein besonderes Blatt Papier zu schreiben und hierbei darauf zu achten, daß nur eine Seite des Blattes beschrieben wird.

* * *

Weiter machen wir darauf aufmerksam, daß im Laufe dieser Woche den Ortsverwaltungen alles für die Wahlen nothwendige Material zugegangen ist. Diejenigen Verwaltungen, die dasselbe noch nicht erhalten haben, wollen sofort reklamiren.

Bei dem Material befindet sich auch in einem besonderen Couvert ein Fragebogen über die Stärke der einzelnen Berufe in unserem Verband, den wir pünktlich auszufüllen und sofort nach Jahresschluß nach hier einzusenden bitten.

* * *

Bezüglich der in diesem Jahre **zu Ende gehenden Mitgliedsbücher** ersuchen wir die Verwaltungen und Bevollmächtigten, uns bei Zeiten die Hauptnummern dieser Bücher, die genauen Personalien (Beruf, Vor- und Geschlechtsname, Ort, Tag und Jahr der Geburt) und den Tag und Ort des Eintritts der Inhaber mitzutheilen, damit wir ihnen rechtzeitig, auf alle Fälle noch vor Schluß dieses Jahres die Ersatz- (zweiten) Bücher zusenden können. Die Ausfertigung der zweiten Bücher ist Sache der Ortsverwaltungen und bei derselben darauf zu achten, daß alle im alten Buch enthaltenen Eintragungen auch in das neue übertragen werden.

* * *

Folgende Mitgliedsbücher sind ungiltig und aufzuhalten:

Nr.
50785 des Klempners Anton Schiffes, geb. zu Ansbach am 27. Februar 1869.
66198 des Klempners Wilh. Grünwald, geb. zu Köslin am 13. Nov. 1876.
97917 des Schlossers Rudolf Smilowski, geb. zu Krajewise i. Posen am 10. April 1875.
136039 des Formers Johann Greger, geb. zu Hohenhardt am 29. Juni 1876.
145707 des Formers Wilhelm Knobloch, geb. zu Steinigtwolmsdorf am 30. Juli 1858.
238070 des Metallarbeiters Leonhard Fiedler, geb. zu Rügeln am 11. Febr. 1877.
240358 des Drehers Karl Weißer, geb. zu Zeitz am 6. Okt. 1878.
248459 des Fabrikarbeiters Traugott Tonnschkey, geb. zu Bockwitz am 19. September 1860.
252607 des Schleifers Gottlieb Bergmann, geb. zu Sorne am 3. Nov. 1851.
252023 des Klempners Otto Storjohann, geb. zu Ottensen am 4 ? 1878.
264728 des Drehers Christian Weßner, geb. zu Hopfau am 1. April 1879.

* * *

Ausgeschlossen aus dem Verband nach § 3 Abs. 7a des Statuts wird auf Antrag der Verwaltungsstelle in **München**, Sektion der Schlosser und Maschinenbauer

der Mechaniker Anton Geisert, geb. 7. Mai 1879 zu Oggersheim, B. Nr. 268272, wegen Denunziation.

Der Schmied Eduard Fallenstein, geb. zu Salzwedel am 20. Nov. 1877, wird hierdurch aufgefordert, über die von ihm in seiner Eigenschaft als Beitragssammler von der Verwaltung Wilhelmsburg entnommenen Quittungsmarken abzurechnen, andernfalls sein Ausschluß erfolgt.

* * *

Alle für den Verband bestimmten **Geldsendungen** sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160|I,

zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Der Vorstand.

* * *

Das Mitglied August Landgraf aus Unterweld, B. Nr. 159 400, wird ersucht, unter Angabe seiner Personalien und Einsendung von 20 ₰ (in Briefmarken) für Porto, sein Mitgliedsbuch vom Vorstand abzufordern.

* * *

Quittung

über die vom 1. bis 30. November 1898 bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgelder.

Von: Aalen 16,80. Alfeld a. d. L. 24. Altenburg 800. Altona 400. Angermünde 16,42. Aschersleben 40. Aue 40. Do. A. M. 35. Berlin 10,716. Brake 19,87. Brandenburg 800. Braunschweig, Schlosser 200. Bremen 300. Breslau: Allg. 200, Klempner 60. Bromberg 15. Cassel 300. Chemnitz 810. Cöln 50. Cöthen 49. Crefeld 50. Crimmitschau 250. Dessau 100. Dresden-A. 700. Dresden-N. 225. Durlach 100. Düsseldorf 200. Ehrenfeld 120. Eilenburg 80. Eisenburg 56,15. Elbing 65. Elmshorn 100. Essen 200. Eßlingen, Schmiede 94,80. Fermersleben 50. Feuerbach 66. Forst 200 Frankenthal 250. Frankfurt a. M., Allg. 750. Frankfurt a. O. 30. Freiburg i. B., Fahrradarbeiter 100. Freising 100. Fürth, Silberschläger 66,50. Gablenz 100. Gera 100. Görlitz 180. Grüna i. S. 150. Gustavsburg-Kostheim 70. Halle a. S 179,50. Hamburg, Klempner 400. Hanau 50. Hannover: Allgem. 400, Mechaniker 20. Harburg 300. Heegermühle 40. Heidelberg 100. Heiligenhaus 90. Herford 47,10. Hohenstein-Ernstthal 215,52. Höchst 60. Iserlohn 70. Itzehoe 50. Karlsruhe, Allg. 100. Kiel, Allg. 200. Landau 30. Landsberg a. W. 100. Leipzig 1000. Leipzig-West 600. Leisnig 51,32. Limbach 30. Linden, Feilenhauer 48. Lübeck 300. Luckenwalde 90. Lüneburg 70. Magdeburg: Buckau 300, Neustadt 200, Wilhelmsstadt 100, Feilenhauer 111,90. Mannheim 600. Do. J. F. 10. Meißen 100,34. Mehlis 126,90. Merseburg 200. Meuselwitz 75. Minden 50. Mittweida 80. Mügeln 89,70. München, Siebmacher, 33,85. Münchenbernsdorf 26,60. Neckarsulm 90. Neumünster 150. Neustadt i. S. 20. Niedersedlitz 75. Nordhausen 50. Nürnberg: Flaschner 300, Rothgießer ꝛc. 300. Oberrad 20,85. Offenbach 800. Osterwieck 20. Penig 60. Plauen i. Vgtl 150. Potschappel 100. Prösen 200. Quedlinburg 100 Rade v. Wald 37,30. Rathenow: Brillen- und Pincenezarbeiter 200, opt. Etuisarbeiter 40. Ravensburg 4,60. Remscheid 100. Rendsburg 70. Riesa 40. Ruhla 17,69. Salzungen 35. Sangerhausen 120. Schleiz 13,09. Schleswig 40. Schmölln 16,60. Schnigling-Doos 100. Schramberg 53,05. Schwarzenberg 35. Schweidnitz 60. Schwelm 50. Stuttgart: Allg. 200, Former 74,45, Mechaniker 126,90, Schmiede 120,14. Vegesack 50. Velbert 100 Wilhelmshafen-Bant 300. Witten a. d. Ruhr 12,30. Zeitz 300. Zeulenroda 142,28. Zittau 30. Einzelmitglieder der Hauptkasse 250. Für: Ersatzbücher 4,20. Reisehandbücher 1,50. Protokolle der 3. ordentlichen Generalversammlung 32,30. Segitz-Broschüren 0,20. Ueberschuß von den Posadowsky-Broschüren 27,25. Altes Mobiliar 4,50. Zurückgezahlte Gerichtskosten 1,68. Zurückbezahlte Schuld von: L. Müller, Kempten 91. C. Großmann, Osterwieck 4. H Naujokat, Stettin 7.

Die Verwaltungsstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Einsender von Geldern werden dringend gebeten, die vorstehende Quittung genau durchzusehen und etwaige Anstände sofort nach hier mitzutheilen.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Former.

Hennmarkt i. Oberpf. Im hiesigen Eisenwerk von Kannstein u. Müller haben sämmtliche 24 Former und Kernmacher wegen Differenzen mit dem neu eingestellten Gießmeister Becker, früher in Magdeburg, die Arbeit eingestellt. Zuzug ist fernzuhalten!

Gelbgießer und Gürtler.

Hamburg. Mitgliederversammlung am 16. November bei v. Salzen. Kollege Weinheber gab in interessantem, durch beißende Satire gewürztem Vortrag den Versammelten ein klares Bild von der Chartistenbewegung und erntete für seine Ausführungen reichen Beifall. Er erstattete dann, da Kollege M. verhindert war, den Kartellbericht. Hierauf wurde ein Schreiben der Kellner verlesen, in dem die organisirten Arbeiter ersucht werden, darauf zu sehen, daß bei ihren Festlichkeiten die betreffenden Lokalinhaber den Arbeitsnachweis der Kellner benutzen. Zu unserem Versammlungsbesuch bemerkte Schulz, daß jetzt nur eine Versammlung im Monat stattfindet, daß aber trotzdem die Versammlungen nicht besser besucht seien als vorher, wo allmonatlich zwei stattfanden. Er legte allen Mitgliedern an's Herz, an den Berathungen Theil zu nehmen, und daß Diejenigen, welche es nicht für nöthig finden, an unseren Versammlungen Theil zu nehmen, die Organisation nicht fördern helfen, was doch jedes organisirten Arbeiters höchstes Ziel sein müsse. An die Kollegen, welche fern bleiben, weil sie der Meinung sind, nichts mehr in der Versammlung lernen zu können, richtete er die Mahnung, die Kollegen in den Versammlungen etwas zu lehren, welche der Organisation neu beigetreten sind. Schulz weist ferner auf unsere nächste Generalversammlung in Halle hin, zu der wir in den nächsten Versammlungen sehr wichtige Anträge gründlich besprechen müssen. M. wünscht, daß die Werkstattdelegirten die Fragebogen abliefern; Diejenigen, welche noch keine im Besitz haben, möchten solche bei ihm empfangen. J. befürwortete, daß aus sämmtlichen Werkstätten Delegirte zu den Sitzungen am ersten Mittwoch im Monat entsendet werden.

Klempner.

Düsseldorf, 3. Dez. Bei Springorum u. Ko. dauert der Streik noch unverändert fort. Die Streikenden halten trotz aller Beeinflußungsversuche der Firma an ihren berechtigten Forderungen fest und sind entschlossen, nicht eher die Arbeit aufzunehmen, bis sämmtliche Forderungen, die wir in letzter Nummer mitgetheilt haben, bewilligt sind. In Folge der günstigen Konjunktur ist trotz der riesigen Reklame der Firma der Zuzug von gelernten Arbeitskräften ein sehr minimaler. Die Stellen einiger Hilfsarbeiter hat man zwar besetzen können, aber was will dies besagen in der Fabrikation dieser Massenartikel, wozu die gelernten Arbeitskräfte unumgänglich nothwendig sind. Wie bei jedem Streik so sind auch hier sehr lehrreiche Studien in der Taktik der Unternehmer, ihren Willen durchzusetzen, zu machen. In Köln holte man vom städtischen Arbeitsnachweis Schlosser auf Blecharbeiten, ohne denselben natürlich mitzutheilen, daß sie als Arbeitswillige Verwendung finden sollten. Glücklicher Weise hatten die Ausständigen rechtzeitig von dieser Manipulation Kenntniß und reisten die Kölner Hilfstruppen nach Rücksprache mit den Ausständigen schleunigst wieder ab, ohne die Quittungskarten, die man ihnen vorsorglich abgenommen hatte. Die Herausgabe derselben wird trotz Polizei und Gerichtsvollzieher von der Firma verweigert, und so wird dem Herrn Springorum vor Gericht die Herausgabe und natürlich auch der Schadenersatz an die Leute begreiflich gemacht werden müssen. Zwei weitere Arbeitskräfte wurden in Gelsenkirchen persönlich angeworben, die uns ebenso, wie die Kölner, in die Hände liefen und am nächsten Tage vor der Fabrik als — Streikposten seitens des Chefs rekognoszirt wurden. Er nahm sie zwar mit in die Fabrik, bot alle Ueberredungskünste auf, fuhr sogar per Droschke mit ihnen durch Düsseldorf, die Leute waren aber zu „eigensinnig" und „verstockt", um auf diese Verlockungen hereinzufallen. Sogar nach Holland wurden Agenten gesandt, die aber mit dem Bericht zurückkehrten, daß die Holländer zwar gut getrunken und verzehrt hätten, aber nicht zur Abfahrt nach Düsseldorf zu bewegen waren. Mit der längeren Dauer des Kampfes beginnt sich auch die bürgerliche Presse in ihrer Art und Weise zu zeigen. In sämmtlichen Düsseldorfer Zeitungen erschien in dieser Woche ein großes Inserat der Firma Springorum u. Ko., in dem 100 ℳ Belohnung auf die Ermittelung eines Thäters gesetzt waren, der die hintere Wagenachse des Geschäftswagens der Firma mit einer Metallsäge halb durchgesägt haben soll. Das Inserat war zweifellos auf die Streikenden gemünzt, und was die Firma nicht auszusprechen wagte, erdreistete sich das „christliche" katholische „Düsseldorfer Volksblatt", das in einer Polemik gegen die „Niederrheinische Volkstribüne" offen aussprach, daß die Streikenden sich die letzten Sympathien verscherzt hätten durch einen gegen die Firma verübten Racheakt (folgt Inserat) und zugleich der Entlassene öffentlich als „Trinker" gebrandmarkt wird. Eine sofort eingesandte Berichtigung wurde von der christlichen Redaktion nicht aufgenommen, so daß jetzt die Redaktion vor dem Strafrichter Gelegenheit finden wird, ihre verlogenen Behauptungen zu beweisen. Wie man sieht ist der Kampf ein schwieriger, der Zusammenhalt der Kollegen aber ein solcher, daß wir über alle Gemeinheit und Unterdrückungsgelüste triumphiren werden.

Hamburg. D. M.-V Sektion der Klempner Mitgliederversammlung vom 22. Nov bei Hilmer. Zum 1. Punkt referirt Genosse Mayer über das neue Handwerkergesetz. Redner schildert die Entwicklung der Industrie, die rapide Steigerung derselben, welche ihren Grund in der fortschreitenden Entwicklung der Technik und des Verkehrs hat und die naturgemäß zum Untergang des Kleingewerbes führen muß. Einige politische Parteien, die Konservativen, Antisemiten usw. forderten 1884 und 1887 einige Gesetze, worin den aus der Zunftzeit noch bestehenden und den neugegründeten Innungen der Handwerksmeister einige Vergünstigungen in Bezug auf das Lehrlingswesen usw. ertheilt werden sollten, was noch für die betreffenden Parteien einige 100,000 Stimmen der betreffenden Kleinmeister bei Reichstags- und Landtagswahlen usw. einbrachte. Auf Drängen der bestehenden Innungen wurde noch einige Male an der Gewerbenovelle herumgedoktert, bis schließlich 1897 das in nächster Zeit in Kraft tretende Handwerkergesetz im Reichstag zur Annahme gelangte. Da dieses Gesetz den Innungen weitere Rechte einräumt, so ist es an der Zeit, daß die Arbeiter sich mit ihm näher bekannt machen. Dieses Gesetz gibt den Innungen das Recht, sich als Zwangsinnungen zu deklariren, denen dann sämmtliche Handwerksmeister dieser Branche, soweit sie in dem für die betreffende Innung geltenden Bezirk wohnen, beitreten und damit den Pflichten und Beschlüssen der Innung nachkommen müssen. Die Zwangsinnung hat aus den bei ihr beschäftigten Gesellen einen Ausschuß wählen zu lassen, welcher Sitz und Redefreiheit in den Versammlungen der Innung und das Vetorecht hat bei etwaigen Beschlüssen der Innung, durch welche die Interessen der Gehilfen in Frage stehen. Außerdem haben die Zwangsinnungen das Recht, Schiedsgerichte zu bilden, welche zusammengesetzt sind aus einem Vorsitzenden, der entweder Beamter oder Vorstandsmitglied der Innung ist, und zwei Beisitzern, wovon je 1 aus den Mitgliedern der Innung und dem Gesellenausschuß zu wählen ist. Wenn wir uns auch mit manchen Bestimmungen des neuen Gesetzes einverstanden erklären können, so ist es doch unsere erste Pflicht, die Bestimmungen, die für uns in Betracht kommen, genau zu besehen und richtig aufzufassen und besonders bei der Wahl der Gesellenausschüsse vorsichtig zu sein. In diesen Ausschuß müssen die tüchtigsten, intelligentesten Kollegen gewählt werden. Um aber zu ermöglichen, daß tüchtige Leute in den Ausschuß kommen, müssen alle Klempner und Mechaniker, alle Arbeiter dieser Branchen, die hier am Orte arbeiten, in ihrer Organisation sein. Die Ortsverwaltung wurde beauftragt, 2000 Flugblätter drucken zu lassen, worin die in Betracht kommenden Gesetzesbestimmungen und die nöthigen Erklärungen hierzu enthalten sind, für die Verbreitung derselben an die Kollegen zu sorgen, sowie die Abhaltung einer öffentlichen Versammlung, in welcher diese Angelegenheit berathen werden soll, vorzubereiten. — Unser nächstjähriges Sommervergnügen wird in der Umgegend von Hamburg abgehalten, es wurde eine 3gliedrige Kommission gewählt, welche passende Lokale in Augenschein zu nehmen hat. Den Kartellbericht gab Kollege Schiller und wird hiezu beschlossen, als ersten Punkt auf die Tagesordnung der Versammlung am 6. Dezember zu setzen: Der Boykott und seine Wirkungen. Vom Vorsitzenden wird auf unser Werkstellendelegirtensystem hingewiesen und aufgefordert, in jeder Werkstelle, wo bis jetzt noch kein Delegirter gewählt sei, sofort einen solchen zu ernennen und dies der Ortsverwaltung mitzutheilen.

Nürnberg. Am 19. November fand eine sehr zahlreich besuchte Mitgliederversammlung der Sektion der Flaschner statt. Zum Punkt „Arbeitslosenunterstützung" war als Referent Kollege Hassel, als Korreferent Genosse Roßkopf, Mitglied des Holzarbeiterverbandes, bestimmt. Hassel führte ungefähr Folgendes aus: Die Arbeitslosenunterstützung wird aller Wahrscheinlichkeit nach die nächste Generalversammlung beschäftigen. Sie ist eine taktische, keine prinzipielle Frage. Man möge die Abrechnungen des Hauptvorstandes prüfen, dann wird man finden, daß für viele tausend Personen Eintrittsgeld bezahlt wurde, daß aber bis auf einen kleinen Prozentsatz die Beigetretenen wieder ausgetreten sind. Die Frau wird, wenn die Organisation materielle Vortheile bietet, derselben mehr Sympathie entgegenbringen. Unsere Konkurrenzorganisationen haben die Arbeitslosenunterstützung eingeführt, eine Vereinigung mit diesen Organisationen ist, weil wir diese Unterstützung nicht haben, sehr erschwert. Die Befürchtung, es werden bei Beitragserhöhung viele Mitglieder austreten, ist niemals eingetroffen, trotz zweimaliger Beitragserhöhung ist der Verband von wenigen tausend Mitgliedern auf 65,000 gestiegen. Hierauf führte Gen. Roßkopf ungefähr aus: Es sei unrichtig, daß unsere Organisationen unfähig geworden seien, ihre Aufgaben zu erfüllen, das Vertrauen der Arbeiter zu denselben sei auch nicht gesunken. Es sei aber falsch und gefährlich, immer von der Aktionsunfähigkeit der Gewerkschaften zu reden. Wir könnten mit den bisherigen Errungenschaften zufrieden sein, was mit diesen prozentual freilich gering organisirten Arbeitern zu erreichen war, ist erreicht worden. Nun behaupten die Anhänger des Unterstützungswesens, daß, wenn auf diesem Gebiete Durchgreifendes geschaffen würde, damit eine Reihe mißlicher Erscheinungen, wie der ungemein starken Fluktuation, vorgebeugt, eine gewisse Stabilität im Mitgliederstande eintreten würde und die Kassenverhältnisse sich besserten. Große Mitgliederzahl und gefüllte Kassen seien Vorbedingungen zu erfolgreichen Lohnkämpfen. Der wichtigste Punkt bei Einführung der Arbeitslosenunterstützung ist zweifellos die Beitragsfrage. Er habe Vorschläge auf Erhöhung um 5 ₰ ernsthaft diskutiren hören. Die letzte Berufs- und Gewerbezählung ergab für die Metallarbeiter eine Arbeitslosigkeit von 3 Proz. Dies auf die Beiträge umgerechnet, ergebe bei einer Unterstützung von 6 ℳ pro Woche 18—21 ₰ Erhöhung, so daß im Ganzen 38—41 ₰ zu zahlen wären. Durch diese hohen Beiträge würde es vielen Arbeitern unmöglich gemacht, den Gewerkschaften beizutreten und das bedeutet eine Lahmlegung der Organisation auf dem Gebiete des Lohnkampfes. (Man macht aber die Erfahrung, daß nach Lohnkämpfen ein großer Theil der wegen und während dieser Lohnkämpfe Beigetretenen der Organisation Valet sagt. Red.) In den Kreisen unserer wirthschaftlichen Gegner habe die Arbeitslosenunterstützung große Sympathie. So sagt Sonnemann in seiner betr. Broschüre, S. 12 und 13: „Ich habe mich auch mehrseitig überzeugt, daß viele Arbeitgeber der Sache sympathisch gegenüberstehen und das ist leicht begreiflich. Denn wenn die Versicherung einmal eingeführt ist, dann braucht man nicht mehr aus Humanität Arbeiter beschäftigen. . . . Auch wird es dann leicht sein, die Arbeiter in einer Stadt und Gegend zusammenzuhalten, während heute bei Arbeitslosigkeit die betroffenen Arbeiter naturgemäß abströmen. Wenn dann nach einer Periode der Geschäftsstockung wieder ein Aufschwung eintritt, so weiß der Arbeitgeber oft nicht, wo er sich die nöthigen Arbeiter beschaffen soll, denn die früher entlassenen Arbeiter sind häufig fortgezogen. Besteht aber die Arbeitslosenversicherung, dann bleibt der Arbeiter am Orte, der Arbeitgeber findet ihn rasch wieder, wenn er ihn braucht und das ist für beide (?) Theile ein unschätzbarer Vortheil. . . ." (Sonnemann meint doch die kommunale Arbeitslosenversicherung, die aber etwas wesentlich Anderes ist als das, was wir wollen. Wir wir zum Sonnemann'schen Projekt stehen, darüber ist im vorigen Jahrgang d. Bl. Näheres nachzulesen. Red.) In den Gewerkschaften, die Arbeitslosenunterstützung zahlen, herrsche auch Unzufriedenheit. Redner zitirt die bezügliche Auslassung eines Mitgliedes des Buchbinderverbandes in der „Buchbinderzeitung". Wir müssen uns daran gewöhnen, daß es immer Unzufriedene gibt. Wir dürfen uns nicht auf die schiefe Ebene begeben, sondern müssen zielbewußt weiter agitiren und in jeder Form die Aufklärungsarbeit fördern. In der Diskussion sprachen mehrere Kollegen für und gegen Arbeitslosenunterstützung. Zum Schluß kritisirte Hassel die Ausführungen des Korreferenten Roßkopf. Das Rechenexempel desselben mache ihm gar keine Ehre; er habe die Berechnung des Hauptvorstandes kritisirt und glücklich herausgebracht, daß 700,000 ℳ bei 3 Proz. Arbeitslosigkeit verausgabt würden und zwar rechnete Roßkopf: 3 Proz. von 65,000 sind 1950, 1950 × 7 × 52. Hassel verwies auf den Irrthum, es falle dem Hauptvorstand nicht ein, 52 Wochen lang Arbeitslosenunterstützung zu zahlen, sondern nur 6 Wochen, was $7^2/_3$mal weniger wäre. Hassel schloß mit dem Appell an die Kollegen, der Arbeitslosenunterstützung geneigter zu sein, als in den Vorjahren. Hierauf wurde von drei eingebrachten Resolutionen folgende mit 27 gegen 10 Stimmen angenommen: „Die heutige Mitgliederversammlung der Sektion der Flaschner erklärt sich gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung im D. M.-V." — Anwesend waren ungefähr 120 Kollegen. — (Anmerkung des Schriftführers: Da dieser Punkt die Versammlungen noch öfter beschäftigen wird, wäre es nur zu wünschen, daß die Kollegen immer so zahlreich erscheinen möchten.)

Metall-Arbeiter.

Bayreuth. Am 19. November fand eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt, in der Kollege Kümmerle aus Nürnberg über die am 16. Oktober abgehaltene 3. nordbayerische Metallarbeiter-Konferenz Bericht erstattete. Redner gab ein ausführliches Bild über die auf der Konferenz behandelten Fragen. Beim Punkt 2 der Tagesordnung: Ar-

beitslosenunterstützung, sei nichts prinzipiell gegen die Arbeitslosenunterstützung gesprochen worden, vielmehr sei die größte Anzahl der Delegirten der Ansicht gewesen, es sei nothwendig, daß auf der nächsten Generalversammlung die Arbeitslosenunterstützung eingeführt werde. Redner selbst ist der Ansicht, daß es endlich an der Zeit wäre, der großen Fluktuation und der geringen prozentualen Beitragsleistung ein Ende zu machen; das könne aber nur durch die Gewährung von Arbeitslosenunterstützung beseitigt werden. Dadurch, daß den Mitgliedern für ihre Beitragsleistung etwas geboten wird, würde die Frau, die ja doch den Beitrag entrichten müsse, dem Verbande freundlicher gegenüber stehen, als es bisher der Fall war. Es sei eine Thatsache, daß gerade die Frau es ist, die den Mann kurz nach seinem Beitritt veranlaßt, wieder auszutreten, weil sie angeblich keinen greifbaren Nutzen davon habe. Es sei deshalb im Interesse des Verbandes, etwas zu schaffen, das die Mitglieder mehr an den Verband fesselt, und da liege für uns die Arbeitslosenunterstützung am nächsten. Trotzdem der in der Versammlung anwesende Gewerkschaftsvorsitzende Herr Görl (Schreiner) gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung sprach, erklärte sich die Versammlung einstimmig mit den Ausführungen des Redners einverstanden und versprach dafür zu wirken, daß auf der nächsten Generalversammlung die Arbeitslosenunterstützung angenommen werde.

Chemnitz. Die Nadelmacher der Firma M. Flemming in Erfenschlag verwahren sich in Nr. 47 der „M.-Z." gegen die in dem Bericht der Agitationskommission der Nadelmacher gerügten Thatsachen und werfen der in der Lohnbewegung thätig gewesenen Lohnkommission vor, einseitig und inkorrekt gehandelt zu haben. Es heißt da: „Sache der Lohnkommission wäre es gewesen, bei sämmtlichen Fabrikanten die Forderung zu stellen und nicht nur bei den Ringfabrikanten." Wir möchten hierzu den betreffenden Kollegen die Versammlung vom 17. Juli d. J., in der viele Kollegen aus Erfenschlag anwesend waren, ins Gedächtniß rufen. In dieser Versammlung wurde von unserer Seite angeführt, daß es sehr komplizirt sei und die Aussichten auf Erfolg zu gering wären, wenn wir die Forderung bei jedem einzelnen Fabrikanten stellen resp persönlich vertreten würden. Das wurde allseitig anerkannt. Deshalb wurde auch der folgende von Kollege Babe gestellte Antrag einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung beschließt, zunächst mit den Nichtringfabrikanten in Verbindung zu treten, um über die Forderung der Arbeiter mit denselben zu verhandeln. Zu diesem Zweck wird in jeder Fabrik ein Kollege gewählt, der mit der Lohnkommission die Sache weiter zu regeln hat." In einer kurze Zeit darauf abgehaltenen Besprechung wurde anerkannt, daß es taktisch richtiger sei, wenn die Kollegen in den einzelnen Fabriken die Forderungen selber stellen und von der Kommission mit Material usw. unterstützt würden. Auch dieses war den „Erfenschlägern" bekannt. Die Hohensteiner und Wittgensdorfer Kollegen haben es verstanden und auch ausgeführt. Warum die Erfenschläger nicht? Vielleicht weil ihre Arbeitsbedingungen so rosige sind? Nur schade, daß sie vergessen haben, die Uebelstände, von denen eine ganze Anzahl besteht, mit anzuführen. Trotzdem den betr. Kollegen die beiden Beschlüsse genau bekannt waren, so haben sie doch keinen zur Ausführung gebracht. — Von „Angriffen" und „Blamiren" kann also keine Rede sein. Es ist einfach eine Thatsache konstatirt worden und dies kann unseres Erachtens auf die Entwicklung der Organisation in Erfenschlag keinen nachtheiligen Einfluß haben. Es müßte das vielmehr ein Ansporn sein, dieselbe dort noch besser zu gestalten.

Die Lohnkommission der Nadelmacher.

Danzig. Am 21. November tagte im „Bürgergarten" in Schreitlitz eine öffentliche Metallarbeiterversammlung, deren Theilnehmer nicht ein Glas Bier oder ähnliche Getränke konsumiren durften, sondern echt spartanisch in klarem Wasser schwelgen mußten, weil die löbl. Polizeibehörde es für angezeigt gehalten hatte, über das Lokal den Bierboykott zu verhängen. Am Nachmittage des Versammlungstages war dem Wirth von der Polizeibehörde ohne Angabe von Gründen eröffnet worden, daß er nach 8 Uhr an die Versammlungstheilnehmer nichts verkaufen dürfe, widrigenfalls dieses gewaltsam verhindert werden würde. Ein ansehnliches Polizeiaufgebot achtete Abends dann auch streng auf die Einhaltung des Boykotts. Im Buffetraum allein waren 3 Beamte postirt, außer den 2 Ueberwachenden im Saale und mehreren Polizisten, die vor dem Lokal patrouillirten; der Boykott wurde so streng gehandhabt, daß nicht einmal eine unschuldige Zigarre verabfolgt werden durfte. Es war übrigens — wie wir nicht unerwähnt lassen wollen — nicht das erste Mal, daß sich die Danziger Metallarbeiter zwangsweise in der Pflicht der Enthaltsamkeit üben mußten. Im Jahre 1894 konnte das Stiftungsfest der hiesigen Verbandszahlstelle aus ähnlichem Anlaß auch nur bei Wasser und Brod gefeiert werden. — Der Referent Koll. Massarsch aus Berlin behandelte das Thema: „Das Koalitionsrecht und die Denkhausener Kaiserrede." Leider war der Besuch der Versammlung nicht so rege, wie man ihn für die Erörterung dieser brennendsten Tagesfrage hätte wünschen müssen und dieser beklagenswerthe Indifferentismus der hiesigen Kollegenschaft ermöglicht auch nur solche kleinlichen Polizeimaßregeln, wie sie in dem erwähnten Bierboykott zum Ausdruck kommen. In der Diskussion äußerten sich mehrere Redner im Sinne des Referenten, besonders wurden die hiesigen Verhältnisse einer Kritik unterzogen. Kollege Lange ließ sich über die Verhältnisse auf der kaiserlichen Werft aus, dort sage man Leuten, die bereits Jahre lang auf der Werft arbeiten, und etwas Lohnzulage beantragen: Sie sollten erst beweisen, daß in anderen Betrieben mehr gezahlt würde, dann würde man weiter mit ihnen reden. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen zum Eintritt in den Metallarbeiter-Verband.

Dortmund. Am 26. November fand bei Hönnly am Körnerplatz eine gut besuchte Metallarbeiter-Versammlung statt. Gärtner hielt einen Vortrag über das Thema: „Warum organisiren wir uns?" und zeigte sehr klar und deutlich, was für eine große Wichtigkeit die Organisation für die Arbeiter habe. Ein Schaden sei die Zersplitterung, die jetzt von Pastoren und Unternehmern unter die Arbeiter durch Gründung christlicher Gewerkvereine zu tragen versucht werde, die niemals rücksichtslos des Arbeiters Interesse vertreten könnten. Die Gewerkschaften seien keine Streikvereine, wenn alle Arbeiter organisirt wären, so würde es Streiks kaum noch geben, da die Unternehmer die friedliche Vereinbarung mit der einigen, mächtigen Arbeiterschaft suchen würden. Die Gewerkschaften sollten auch den Arbeiterschutz überwachen, auf das Vorhandensein der nöthigen Schutzvorrichtungen kontrolliren. In einem Jahre seien nicht weniger als 5000 gewerbliche Unfälle zu verzeichnen gewesen, die weniger auf den von den Unternehmern verantwortlich gemachten Schnapsgenuß der Arbeiter, die ja in Ermangelung anderer billiger Getränke zum Branntwein griffen, um ihre traurige Lage zu vergessen, sondern auf mangelnde Schutzvorrichtungen zurückzuführen seien. Deshalb sei die Anstellung von Arbeitern als Hilfsbeamte der Fabrikinspektion zu fordern, damit die Fabrikinspektoren entlastet und der scharfe Blick des Praktikers der staatlichen Aufsicht gegeben werde. Der 1¼stündige Vortrag wurde lebhaft applaudirt. Dann wurde zum Bevollmächtigten gewählt Schmied Karl Kumlin, Weißenburgerstr. 42, zum Kassirer Schlosser Louis Lotze, Krautstr. 29, 2. Etage, zu Revisoren Haus, Dellwig und Gerke. Das Verbandslokal befindet sich vom 1. Januar 1899 an beim Wirth Kredel, Muhlenstr. 1, und die Herberge bei Peter Wilms in der Bornstr. Der auf die Tagesordnung gesetzte Bericht über die Bochumer Konferenz der Metallarbeiter des Ruhrreviers konnte wegen der vorgerückten Zeit mehr erledigt werden. Es findet deshalb eine Fortsetzung der Versammlung statt.

Essen. Die Versammlungen der allgem. Zahlstelle erfreuen sich in der letzten Zeit eines steigenden Besuches. In der vorletzten Versammlung wurden 10 Aufnahmen vorgenommen. Nach einem Referate des Kollegen Düwell erklärte sich die Versammlung durch einstimmige Annahme einer diesbezüglichen Resolution für Einführung der Arbeitslosenunterstützung. In der Resolution wird die Erwartung ausgesprochen, daß die nächste Generalversammlung die Einführung beschließen möge. In der Diskussion erklärten die ehemaligen Gegner der Arbeitslosenunterstützung, daß sie nach reiflicher Ueberlegung und Studium der Materie sich von der Nothwendigkeit und Nützlichkeit der Arbeitslosenunterstützung überzeugt hätten. — In der letzten Versammlung waren ca 120 Kollegen anwesend; 18 ließen sich aufnehmen. Die Lokal-, und zugleich Festkommission berichtete zunächst, daß es ihr noch nicht möglich gewesen sei, die Vorbereitungen für die Versammlung in Altendorf zu treffen, jedoch soll dies in allernächster Zeit geschehen. Der angesagte Vortrag konnte wegen Erkrankung des Kollegen Hue nicht gehalten werden. Koll. K. wünscht, in nächster Zeit einen Experimentalvortrag halten zu lassen. Auf Anregung des Koll. Düwell, der es zunächst monirte, daß der Schriftführer zu wenig Versammlungsberichte veröffentlichte, wurden verschiedene Mißstände bei Krupp zur Sprache gebracht. Es wurde darüber geklagt, daß die Befolgung der Vorschriften betr. der Schutzvorrichtungen eine mangelhafte sei. Auch kam die merkwürdige Thatsache zur Sprache, daß zur Zeit Leute, die schon 8—10 Jahre bei Krupp arbeiten, gekündigt werden, während zu gleicher Zeit Neueinstellungen erfolgen und in verschiedenen Werkstätten noch regelmäßig wöchentlich 2—3 halbe Ueberschichten gemacht werden. Die Arbeiter sind der Ansicht, daß die Entlassung der alten Leute vorgenommen wird, um die Pensionskasse zu entlasten, resp. Belastungen vorzubeugen. So sehen die Krupp'schen Wohlfahrtseinrichtungen aus! — Der Bibliothekar machte bekannt, daß, obwohl die Inanspruchnahme der Bibliothek sich gehoben habe, ein noch stärkeres Lesebedürfniß der Metallarbeiter gewünscht werde. Koll. Düwell gab dann den Kartellbericht. Diesem schloß sich eine Debatte in Bezug auf materielle Unterstützung des Kartells an. Ein Antrag auf Einführung einer Extrasteuer wurde abgelehnt, dagegen derjenige angenommen, der eine Zuwendung für das Kartell aus der Lokalkasse befürwortete. Der Kassirer stellte noch den Antrag, für dieses Jahr noch 20 ℳ dem Kartell zu überweisen. Dieser Antrag fand einstimmig Annahme.

Leipzig. Am 22. November fand in der Gesellschaftshalle zu Lindenau eine öffentliche Mitgliederversammlung des D. M.-B statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht über die Urabstimmung. 2. Stellungnahme zu dem Bericht des Vorstandes. 3. Gewerkschaftliches. Zum 1. Punkt erstattete Kollege Scheib Bericht über die stattgefundene Urabstimmung. Es sind 850 Zettel ausgegeben worden, davon sind 610 eingelaufen. Es stimmten für den Bevollmächtigten 205, für eine Filiale 329, für Anschluß 58, ungiltig waren 18. Der Redner führte aus, der Vorstand hätte wohl die Minderjährigen von der Filiale abgerechnet, daß aber bei denen, die für den Bevollmächtigten und für Anschluß an die Stadt gestimmt haben, auch eine ganze Reihe Minderjähriger dabei sind, habe er vergessen. Koll. Kriegler führt aus, bei Uebernahme seines Postens seien es 250 Mitglieder gewesen, jetzt sind es 1248, und man könnte die Arbeit nicht mehr als Nebenbeschäftigung machen, wenn die Zahlstelle so weiter wächst wie in den letzten 2 Jahren. Nachdem noch verschiedene Redner, hauptsächlich Mitglieder des Zentrums, für Anschluß an die Stadt gesprochen haben, wird folgender Antrag angenommen: „Die heutige Versammlung der Einzelmitglieder des D. M.-B. von Leipzig-West sieht in Anbetracht der Schwierigkeiten, die durch das sächsische Vereinsgesetz entstehen, davon ab, eine Filiale des D. M.-B. zu gründen, erklärt sich jedoch mit größter Entschiedenheit gegen Anschluß an die Stadt und verlangt die Einsetzung eines Bevollmächtigten für Leipzig-West." Nachdem noch der Bericht des Vorstandes einer scharfen Kritik unterworfen war, erfolgten die Vorschläge zu einem neuen Bevollmächtigten, da Kollege Kriegler am 1. Dezember sein Amt niederlegt. Kollege Scheib wurde mit großer Majorität gewählt, und es ist zu hoffen, daß er vom Vorstande bestätigt wird.

Memmingen. Unter den hiesigen Mitgliedern macht sich eine große Lauheit bemerkbar. Die Versammlungen werden nicht besucht, die Beiträge bleiben rückständig, so daß schon Einige gestrichen werden mußten. Kollegen bedenkt, daß es nur in Eurem Interesse liegt, wenn Ihr für die Organisation wirkt und Ihr neue Mitglieder werbt. Von ca. 350 Metallarbeitern sind nur ungefähr 50 organisirt, theils im Metallarbeiter-Verband, theils im Zentralverband der Former. Vor einem halben Jahre haben wir gekämpft um die Abschaffung der Akkordarbeit. Jetzt möchten etliche schon wieder in Akkord arbeiten, statt dafür zu sorgen, daß die Tagelöhne höher werden. Denn diese sind miserabel, 22—27 ₰ pro Stunde, sehr wenige haben 30 ₰. Darum, Kollegen, besucht die Versammlungen und leset die „Metallarbeiter-Zeitung", wirkt in jeder Weise, daß wir vorwärts kommen.

München. Ein Jubiläumsgeschenk. Jüngst feierte in der Krauß'schen Lokomotivfabrik in Sendling der Vorarbeiter Pöllmann sein 25jähriges Dienstjubiläum. Sofort waren gute Freunde bei der Hand, die Sammellisten zirkuliren ließen, um dem geliebten Jubilar ein Geschenk als Zeichen aufrichtiger Verehrung zu überweisen; die Sache hatte jedoch einen Haken: die Listen stießen auf Opposition, so daß den Sammlern die Bettelei zu dumm wurde. Zwei ganz brave Untergebene des sonst keineswegs als sanftmüthig bekannten Vorarbeiters, die Schlosser Helminger und Kragler, kauften auf eigene Faust ein Schnapsservis und präsentirten es Pöllmon nebst herzlichen Glückwünschen. Ob die beiden Kollegen nun als Anerkennung dafür statt 14¼ Stunden 15 Stunden arbeiten dürfen und noch weniger bezahlt erhalten, dürfte sich ja zeigen. So viel steht fest, daß die Arbeiter bei Krauß wahrhaftig Nützlicheres zu thun hätten, als den Antreibern auch noch Geschenke zu kaufen. Viel besser wäre es, wenn sie der Organisation beitreten und gemeinsam dahin wirken würden, daß endlich eine geordnete Arbeitszeit eingeführt und zeitgemäße Löhne bezahlt werden. Jeder vergleiche die in der Fabrik zugebrachte Zeit genau mit dem erhaltenen Lohn und er wird sehen, wie niedrig sein Stundenlohn bei so anstrengender Arbeit ist. Kollegen, Klarheit bringt Wahrheit! Denkt über Eure Lage nach, tretet der Organisation bei und Ihr werdet auch Erfolge erzielen.

Potschappel. Am 27. November fand hier eine öffentliche Metallarbeiterversammlung im „Deutschen Haus" statt. Genosse Krüger-Dresden referirte über das neue Handwerkergesetz. Dann wurde der Antrag des Hauptvorstandes, „Arbeitslosenunterstützung" betreffend, besprochen und sprachen sich sämmtliche Kollegen für diesen Antrag aus. Es wurde auch beschlossen, diesen Punkt in der nächsten Versammlung speziell zu behandeln, worauf die Kollegen schon jetzt aufmerksam gemacht werden. Sodann brachten einige Feilenhauer das unkollegiale Verhalten eines Feilenhauers der Firma Mehlhose zur Sprache, und soll sich derselbe in der nächsten Feilenarbeiterversammlung rechtfertigen.

Sagan. Es ist sattsam bekannt, daß in Schlesien die billigsten und willigsten Arbeitskräfte gezüchtet und von den Kapitalisten ausgenützt werden. So ist es auch erklärlich, daß die Arbeiter der Hüttenwerke in Eulau, Mallmitz, Tschirndorf, sowie der Brückenwagenfabriken in Sprottau nicht auf Rosen gebettet sind. Lange Arbeitszeit, schlechte Löhne, sind allgemein. In den benannten Werken sind noch eine große Anzahl Arbeiter, die, um die Gunst von oben zu erhalten, sich von den Hirsch-Dunckerianern leithammeln lassen, die von Tag zu Tag hoffen, daß von Berlin, dem Hauptsitze der Gewerkvereinler, endlich bald die Unterhandlung mit den obigen Unternehmungen angebandelt wird und die Unternehmer der Hüttenwerke aus Edelmuth endlich dann bessere Löhne zahlen werden. Aber hoffen und harren macht Manchem zum Narren! — Am Sonntag, den 20. November, sprach Genosse Oskar Schütz aus Breslau, der die Thatsachen vor Augen führte, die uns zum Eintritt in den Metallarbeiter-Verband zwingen. Der Vortrag fand allgemeinen Beifall, auch sind dem Verbande gleich einige neue Mitglieder beigetreten. Kollegen, immer vorwärts!

Ulm. Kürzlich hielt die hiesige Verwaltungsstelle des D. M.-B. eine öffentliche Versammlung ab, in der Kollege Nachtigall aus Stuttgart über: Wie ist die Lage der Metallarbeiter Ulms zu verbessern? referirte. In verständlicher Weise führte der Redner aus, wie und unter welchen Umständen die Gewerkschaften entstanden sind, was dieselben Alles zu leiden und unter welchem Drucke dieselben zu kämpfen hatten. Durch viele Beispiele wies der Redner nach, was der D. M.-B. schon Alles für die Arbeiterschaft geleistet hat und kommt zu dem Schlusse, daß die Metallarbeiter Ulms ihre Lage nur denn verbessern können, wenn sie sich dem Verbande anschließen. Hierauf wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten vollständig einverstanden und verspricht für den Verband thätig zu sein, besonders für Einführung der Arbeitslosenunterstützung einzutreten zu wollen."

Mechaniker.

Stuttgart. Am 21. November, Abends, fand eine Werkstattversammlung von Arbeitern der Firma Wilh. Reisser statt. Einberufen war die Versammlung auf Wunsch der Arbeiter obiger Firma vom Vorstand der Zahlstelle Stuttgart des D. M.-B. Die Arbeiter (?) der Firma Reisser waren nämlich der Meinung, daß der Bericht in Nr. 46 der „D. M.-Z." tendenziös abgefaßt sei. Wenn es nun schon eigenthümlich ist, daß Arbeiter aus freien Stücken für sie wohlwollende Artikel zurückweisen, so war die Sachlage sofort klar, als die Arbeiter unter Vorantritt ihres Werkmeisters, Herrn Creß, in das Lokal einzogen. Wir hatten es also nicht mit den Arbeitern in erster Linie, sondern mit einem Vertreter (wenn auch nicht offiziell) der Firma Reisser zu thun. Nachdem die Versammlung durch Kollege Pfeiffer eröffnet worden war, theilte der Bevollmächtigte mit, daß auch der Einsender jenes Berichtes anwesend sei. Zunächst nahm dann Herr Creß das Wort zu dem Bericht, der auch sofort bestätigte, daß die Situation für die Firma eine sehr gute sei und daß es sehr schwer sei, tüchtige Monteure für die Firma zu bekommen. Es würden aber nicht nur 15 Mechaniker beschäftigt, sondern deren 50 bis 60. Es sei nicht wahr, daß 9 Mann organisirt seien, daß nur 20 ₰ Minimallohn gezahlt würde, und daß 35 ₰ der höchste Lohn sei. So sei in der Versammlung ein Arbeiter, der 46 ₰ die Stunde bekäme. „Selbständige" Monteure würde die Firma überhaupt in der Werkstatt nicht einen einzigen haben. Hierzu gab dann der Herr Creß eine Definition, was er unter einem „selbständigen" Monteur versteht; das sei ein Monteur, der von der Maschine an bis zum Licht ohne jede Beihilfe selbständig arbeiten kann. Die Behandlung sei keine schlechte; Cr. gab aber zu, daß es vorgekommen sei, daß Herr Reisser einen Arbeiter mit „Du" angeredet habe. Die Behandlung seitens der Ingenieure (deren Zahl übrigens nur zwei betrage und nicht 3, der dritte würde erst noch einer) sei nur etwas „schneidig" und würde den Arbeitern nur etwas „gesagt", wenn der eine oder andere es verdiene. Was die 25 Prozent Zuschlag betrifft, so sei es so eingerichtet, daß die Arbeiter, die außerhalb der Werkstatt arbeiten, eine Stunde Ueberarbeitszeit nicht bezahlt be-

kämen, da angenommen wird, daß dieselben doch immer ½ Stunde bespern würden. Die 25 Prozent würden so bezahlt, daß auf vier absolvirte Arbeitsstunden eine Stunde mehr gerechnet würde. Die Arbeitszeit sei deshalb noch eine so lange, weil die Firma Reisser nicht die erste sein wollte, die eine Verkürzung der Arbeitszeit eintreten lasse. Ganz unberechtigt sei es aber, wenn besonders betont wird, daß Herr Reisser einer schwäbischen Prinzessin einen kostbaren Leuchter oder Ulster geschenkt habe; das sei doch eine Privatsache und man könne das doch Herrn Reisser nicht verdenken, da er am Königshause schon Hunderttausende verdient habe (Nachher korrigirte sich Herr Creß dahin, daß R. so viel „eingenommen" habe.) Einsender dieses hat sich ordentlich bemüht das Thatsächliche aus dem Referat des Herrn Creß herauszuschälen; seine Ausführungen waren nur so gespickt mit Beleidigungen und Unterschiebungen gegen den Einsender des Berichts in Nr. 46. Nur Einiges sei erwähnt, wie: „Scheerenschleifer", „Vogel, der wie im Käfig herumkreist", „Tief unter Havana-Ausschuß stehend" usw. usw. Nunmehr nahm der Einsender, Kollege Nachtigal, das Wort, um zunächst darauf aufmerksam zu machen, daß es ja nichts Neues sei, nachdem er „gegangen" worden, den Arbeiter als faul und dergleichen zu bezeichnen. Was den Artikel anbelangt, so würde aus den ersten Worten schon zu ersehen sein, daß es nur ein Werkstattbericht sei, also nicht die Arbeiter in Trossingen und Wangen und auch nicht die Flaschner-Werkstatt gemeint sei, sondern nur die Werkstatt der 12 bis 15 Mechaniker. Kollege Nachtigal zerpflückte nunmehr Satz für Satz des Artikels, um für jede einzelne Behauptung Thatsachen und Namen anzuführen. Aber nicht genug damit, Redner brachte auch noch sonstige Beschwerden zur Sprache, so die unsauberen Aborte ꝛc. Die Diskussion ergab das, was man von Arbeitern erwarten konnte, die unter Führung der Werkmeister da sind, nämlich: daß man zufrieden sei und daß allerdings das und jenes vorgekommen sei, aber nicht so tragisch genommen werden dürfte. Kollege Weißmann machte darauf aufmerksam, daß die Organisation ihre Aufgabe als gelöst betrachten müsse, da Replik und Duplik ergeben haben, daß der Einsender auf seinen Behauptungen bestehen bleibe, während der andere Theil wohl das Gegentheil behaupte, aber leider keine Beweise dafür gebracht habe, die die Behauptungen des Einsenders umzustoßen im Stande seien. Unbegreiflich sei es, wie der Werkführer eine so beleidigende Sprache führen könne. Die Vertreter der Organisation könnten vom Einsender keine Berichtigung verlangen, aber auch keine selbst schreiben, da die Beweise vom Einsender gebracht worden seien. Für die Firma bleibe nur übrig, den Einsender zu verklagen, er bezweifle aber, daß eine Verurtheilung herbeigeführt werden könne. Die Versammlung wurde darauf geschlossen. Sobald der Herr Werkmeister zur Thüre hinaus war, da thauten denn auch unsere Kollegen auf, um zu betonen, daß es wahr sei, was in dem Bericht enthalten ist. Wir bekamen dadurch noch mehr Material, um den Wahrheitsbeweis mit Ruhe auch vor Gericht antreten zu können. Ein diesbezügliches Schreiben, das Einsender an die Firma sandte, daß er einer ev. Klage vor Gericht mit Vergnügen entgegensehe, ist bis heute noch nicht beantwortet worden.

Feilenhauer.

Halle a. S. Der Streik in der Ammendorfer Feilenfabrik dauert unverändert fort. In der am 4. Dezember stattgefundenen öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung wurde der Streik nochmals erörtert und steht nach dem gegebenen Bericht die Lage nicht ungünstig. Die Versammlung sprach den Ausständigen ihre vollste Sympathie aus. Am 1. Dezember wurde vom Verband eine Unterhandlung angebahnt, die aber ergebnißlos verlief. Herr Pötsch erklärte: was würden seine Kreise sagen, wenn er der Unterlegene wäre? Trotzdem erklärte er, es hätte ihm schon viel Geld gekostet. Aus unserer Mitte wurde der Feilenhauer Arno Blechschmidt aus Niederschlema, zuletzt in Chemnitz, am 3. Dezember zum Arbeitswilligen.

Leipzig. Berichtigung. In Nr. 48 der „D. M.-Z." heißt es in dem Bericht von der öffentlichen Feilenarbeiter-Versammlung vom 5. November: „der andere Kollege suchte den Arbeitsnachweis zu hintergehen, indem er einen ihm befreundeten Kollegen von einem Meister weg holte und ihn in seiner Werkstelle unterbrachte, wodurch er einen verheiratheten Kollegen außer Arbeit riß." Wer den wahren Sachverhalt kennt, weiß anders zu urtheilen. Der betr. verheirathete Kollege, der vom Arbeitsnachweis geschickt wurde, als ich für einen Gesellen Arbeit gemeldet habe, ist eingestellt worden (in der Woche, wo ich überhaupt gar nicht anwesend war). Der Meister hat ihn gefragt, was er hauen könnte (der Geselle war ein Berliner. „Ich haue Alles, Vorfeilen und Schlichtfeilen." Darauf sagte ihm der Meister, er wolle ihn einstellen, aber ohne Kündigung; wenn er damit einverstanden sei, so könne er anfangen. Am Montag fing derselbe an, am Donnerstag darauf kam ich wieder. Mittlerweile hatte der Kollege schon einen großen Dreikantigen fertig. Bei der ersten Gelegenheit machte mich der Meister auf die Arbeit tadelnd aufmerksam, worauf ich ihm die Antwort gab: „Da kann ich doch nicht davor, warum haben Sie ihn denn eingestellt, Sie haben es ja gewußt, daß er nicht arbeiten kann. (Der Meister kannte denselben schon.) Vor acht Wochen war er vom Arbeitsnachweis zu einem andern Meister geschickt worden, am selbigen Morgen kam der Kollege bei uns vor die Werkstelle und erzählte, daß der betr. Meister ihn nicht eingestellt habe. Zum Frühstück kam es unter uns zur Sprache, weshalb er ihn wohl nicht genommen habe. (Dieses hörte sich unser Meister mit an, dadurch lernte er denselben kennen.) Nun kam der Freitag, da sagte der Meister zu ihm, er könnte es nicht länger mit ansehen, seine Arbeit müßte sich ändern oder er müßte aufhören, er verdiene den Lohn nicht, den er erhalte. Am Montag darauf kam er nicht wieder, am Dinstag auch nicht, am Mittwoch Früh 8 Uhr kam er; der Meister ließ ihn selbstverständlich nicht wieder anfangen. Am Dinstag Abend hatte mich der Meister beauftragt, ich solle nochmals nach dem Arbeitsnachweis gehen und einen Gesellen melden; ich ging natürlich zu einem Kollegen, weil ich dachte, derselbe hätte Lust in meiner Werkstelle anzufangen. Ich erzählte ihm, daß ich nach dem Arbeitsnachweis wollte, der Berliner hätte wieder aufhören müssen, wenn er Lust hätte bei uns anzufangen, so könnte er mitgehen nach dem Arbeitsnachweis, ich ginge jetzt hin. Der betreffende Kollege ist mitgegangen und hat einen Schein ausgestellt bekommen und hat die andere Woche darauf, Montag, angefangen zu arbeiten. — Dies der ganze Sachverhalt, nun urtheile ein Jeder selbst!

Albert Hoffmann.

Magdeburg. Das Extrageschenk wird von jetzt ab bei Albert Buchlow, Katharinenstraße 5 (Restaurant „Goldener Kopf") ausbezahlt. Das Umschauen ist nach wie vor strengstens verboten. Daselbst ist auch Verkehrslokal für Feilenhauer. Das Extrageschenk beträgt 75 ₰. Dasselbe erhält jeder Feilenhauer und Schleifer, der nachweisen kann, daß er einer Organisation angehört, unorganisirte Kollegen erhalten nichts.

Speyer. Am 4. Dezember referirte in einer öffentlichen Feilenarbeiterversammlung Kollege Vogtländer über die Bewegung der Feilenarbeiter in Speyer und Umgebung. Redner schilderte die Lage der Feilenhauer und forderte die streikenden Kollegen auf, fest zusammenzuhalten. Wir ersuchen die auswärtigen Kollegen, den Zuzug für Hand- und Maschinenhauer, sowie Schleifer nach wie vor streng fern zu halten!

An die Verwaltungsstellen des D. M.-V. in Schlesien und Posen.

In Ausführung des Beschlusses der 3. Konferenz für Schlesien und Posen in Liegnitz beruft unterzeichnete Kommission die **4. Konferenz** auf den **15. Januar 1899, Vorm. 10 Uhr,** nach **Breslau** ein. (Das Lokal wird noch bekannt gegeben.)

Tagesordnung:

1. Bericht der Delegirten.
2. Bericht der Agitationskommission.
3. Anträge zur Generalversammlung.
4. Arbeitslosenunterstützung.
5. Verschiedenes.

Wir ersuchen die Ortsverwaltungen, umgehend zur Wahl von Delegirten zu schreiten.

Gleichzeitig bringen wir denjenigen Verwaltungsstellen, welche noch mit Beiträgen an die Agitationskommission im Rückstande sind, in Erinnerung, ihren Verpflichtungen baldigst nachzukommen, damit die Abrechnung fertiggestellt werden kann.

Die Agitationskommission für Schlesien und Posen.
J. A.: **Rudolf Hoffmann,** Breslau, Mehlgasse 42,p.

An die Verwaltungsstellen im niederrheinischen Industriebezirk.

Gemäß dem Beschlusse der Remscheider Konferenz findet die **nächstjährige Konferenz** in **Velbert** statt.

Um nun zu ermöglichen, daß die Konferenz rechtzeitig noch Anträge an die Generalversammlung stellen kann, berufe ich dieselbe auf **Sonntag, den 15. Januar 1899, Vormittags 10 Uhr,** nach **Velbert** in das Lokal des Herrn Sommer, zur „Waldeslust", ein.

Provisorische Tagesordnung:

1) Bericht des Vertrauensmannes.
2) Bericht der Delegirten.
3. Arbeitslosenunterstützung.
4 Anträge der Verwaltungsstellen.
5. Wahl der Vertrauensleute, resp. des Vorortes.
6. Verschiedenes.

Die Verwaltungsstellen werden ersucht, die Wahl der Delegirten vorzunehmen und mir das Resultat mitzutheilen. Anträge wolle man bis zum 26. Dezember einreichen, weil ich durch Beschluß der Remscheider Konferenz verpflichtet bin, dieselben 14 Tage vor der Konferenz den Verwaltungsstellen mitzutheilen. Die Delegirten müssen im Besitze eines von der Ortsverwaltung unterzeichneten und gestempelten Mandates sein.

Mit kollegialem Gruß
R. Walbrecht, Vertrauensmann,
Düsseldorf, Bürgerstr. 12,I.

Aufruf an die Metallarbeiter der Provinz Westfalen.

Die **Konferenz der Metallarbeiter für Westfalen** findet am **Sonntag, 15. Januar 1899, Nachmittags 2 Uhr,** im Lokal von H. Kahl in Bielefeld statt.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Bericht des Agitationskomitees.
2. Bericht der Delegirten.
3. Agitation und Organisation.
4. Arbeitslosenunterstützung.
5. Anträge zur Generalversammlung.
6. Wahl des Sitzes des Agitationskomitees.
7. Verschiedenes.

Die Verwaltungsstellen Westfalens werden ersucht, sich auf dieser Konferenz vertreten zu lassen. Verwaltungsstellen bis 100 Mitglieder wählen einen Delegirten, 200 zwei, bis 400 drei, 600 vier, 800 fünf, 1000 sechs.

Alle Anfragen sind an Unterzeichneten zu richten.

Mit kollegialem Gruß
J. A.: **Fr. Bunte,** Bielefeld, Heeperstr. 48.

An die Verwaltungsstellen des D. M.-V. in Baden, Elsaß und die Pfalz.

Laut Beschluß der dritten Konferenz in Offenburg findet die **vierte Konferenz** am 15. Januar 1899, Vormittags 10 Uhr, bei Kalnbach in Karlsruhe, statt.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Bericht des Vertrauensmannes.
2. Bericht der Delegirten.
3. Arbeitslosenunterstützung und Beitragserhöhung.
4. Agitation.
5. Verschiedenes.

Mit kollegialem Gruß
Der Vertrauensmann: **M. Siermann.**

Erklärung.*)

Die Unterzeichneten erkennen an, daß die Form der Resolution in manchen Punkten zu scharf gewesen ist, indem Scholz von der bereits stattgefundenen Maßnahme in Bezug auf den Arbeitsnachweis keine Kenntniß hatte.

Scholz verpflichtet sich, bei Beschwerden und Wünschen bezüglich der Organisation sich nur an die örtliche Verwaltung (Vertrauensmann) zu wenden. Die Unterzeichneten dagegen verpflichten sich, alle sachgemäßen Wünsche und Beschwerden, soweit angängig, zu berücksichtigen.

Durch diese Erklärung ist die Angelegenheit als erledigt zu betrachten und soll eine weitere Erörterung derselben in Versammlungen und Zeitungen nicht mehr erfolgen.

J. Hoffmann.	Hermann Hecht.
M. Haack.	Karl Riemann.
Alfred Scholz.	Max Roll.
Friedr. Föller.	Richard Ebert.

Abrechnung

des Vertrauensmannes für die Provinz Hannover über das 3. Quartal 1898.

Einnahmen:

Kassenbestand laut letzter Abrechnung			43,71 ℳ
Für das 2. Quartal gingen noch ein:			
Hainholz	4,— ℳ		
Linden, Feilenhauer	3,— „		
Hildesheim	6,99 „		
Peine	10,— „		
			23,99 ℳ
3. Quartal:			
Hannover, Allgemeine	53,92 ℳ		
„ Sektion der Klempner	10,— „		
„ Sektion der Schmiede	4,68 „		
Hainholz	4,— „		
Hameln	6,— „		
Hildesheim	8,35 „		
Peine	5,— „		
Linden, Allgemeine für 3 Quartale	25,— „		
„ Feilenhauer	3,— „		
			119,95 ℳ
Sonstige Einnahmen:			
Oeff. Metallarbeiterverf. i. Ballhof (Juli)	18,39 ℳ		
„ „ „ „	17,41 „		38,80 ℳ
		Sa.	223,45 ℳ

Ausgaben:

Drucksachen und Inserate	33,60 ℳ
Fahrgelder, Spesen, Referate	16,— „
Porto und Schreibmaterial	7,30 „
Summa	56,90 ℳ

Bilance.

Einnahme	223,45 ℳ
Ausgabe	56,90 „
Kassenbestand	166,55 ℳ

Der Vertrauensmann: **H. Behle.**

Ich ersuche die Ortsbeamten, vorstehende Abrechnung genau zu prüfen und mir etwaige Fehler sofort mitzutheilen. Da Kreimayer durch Krankheit verhindert war, ist die Abrechnung vorläufig durch Bormann geprüft.

Achtung!

Immendingen, den 25. November 1898. Im Interesse hiesiger Gewerbetreibender und Arbeiter habe ich an den Besitzer der Fürstlich Fürstenbergischen Maschinenfabrik hier, den Fürsten Max Egon von Fürstenberg, eine Eingabe gerichtet und mir durch Anführung gewisser Vorkommnisse in der Fabrik in den letzten 3½ Jahren eine Beleidigungsklage des Fabrikdirektors Germershausen zugezogen.

Zum Zwecke der Beweisführung bitte ich untenverzeichnete Herren um Mittheilung ihrer genauen Adressen, ebenso auch alle anderen Arbeiter, welche in hiesiger Fabrik gewesen und durch Nichtzahlung des bedungenen Lohnes oder in Folge der Behandlung wieder ausgetreten sind. Für alle Mittheilungen dankbar, zeichnet achtungsvoll

F. X. Schury.

Anton Göggel, früher Gußkontroleur hier.
Robert Peckel aus Berlin, früher Arbeiter hier.
Ernst Rauch aus Straßfurth, früher Gießereiarb. hier.
Max Walther, do.
Ernst Opitz aus Schweidnitz, do.
Moritz Kahne aus Peitz, do.
Adam Bürker aus Karlsruhe, früher Former hier.
C. Weiner, do.
Jakob Unselt, Maler aus Leutkirch, früher hier.
Seb. Damharter, Maler a. Aschaffenburg, Goldbacherstr. 14.

* * *

Wir ersuchen unsere Genossen, Herrn Schury jede mögliche Hilfe zu leisten, umsomehr als die betreffende Fabrik wiederholt Gegenstand der Kritik in unserem Blatte war. Es müssen in derselben große Mißstände herrschen, da selbst die „Konstanzer Abendzeitung" folgende Notiz bringt:

Immendingen, 19. Nov. Hiesige Gewerbetreibende, Kostgeber und Arbeiter leiden schon mehrere Jahre unter dem Geschäftsgebahren und anderen Handlungen der hiesigen Fürstl. Fürstenberg'schen Maschinenfabrik. Welche Folgen diese Art der Geschäftsführung auch für die Fabrik hat, mag daraus hervorgehen, daß in den letzten 3½ Jahren etwa **550** Arbeiter, bei einem Arbeiterstand von ca. 110 Mann, gewechselt haben. Man hat hier lange diesem Treiben zugesehen, man dachte, die bessere Einsicht müßte auch hier zum Durchbruch kommen. Es war aber umsonst; auch Beschwerden bei der fürstlichen Kammer blieben erfolglos. Es hat deshalb der hiesige Kaufmann Schury nicht blos in seinen berechtigten Interessen, sondern auch im Interesse Anderer und der hiesigen Gemeinde eine direkte Vorstellung an Se. Durchlaucht den Fürsten gerichtet und von diesem den Bescheid erhalten, daß er Auftrag gegeben habe, um Beweisführung zu ermöglichen, Strafantrag wegen

*) Vergl. die Korrespondenzen aus Dresden in Nr. 40 und 43 ds. Bl. Der Vorstand des D. M.-V. hatte in der betr. Sache den Gen. Riemann-Chemnitz mit der Untersuchung und Schlichtung der Streitfrage beauftragt. Red.

angeblicher Beleidigung bei Gericht zu stellen. Wie wir hören, soll von den Betreffenden der Beweis über gewisse Vorkommnisse in der hiesigen Fabrik in den letzten 3½ Jahren in vollem Umfange aufgenommen werden, und man darf einer interessanten Schöffengerichtsverhandlung entgegensehen.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

Aachen. Samstag, 10. Dez., bei Schillings. Wahl der Ortsverwaltung. Anträge zur Generalversammlung. — Die Mitgliedsbücher sind zur Abstempelung mitzubringen.

Aschersleben. Sonnabend, 17. Dezbr., bei Schräber. Wahl der Ortsverwaltung.

Barmen. Samstag, 17. Dez., Abends halb 9 Uhr, bei Hühn, Fischerthalerstr. 19. Neuwahl der Ortsverwaltung. — In diesem Jahre werden die Mitgliedsbücher von den Unterkassirern zwecks Abstempelung eingefordert.

Berlin. Sonnabend, 10. Dez., bei Dicke, Ackerstr. 123, Vertrauensmännerkonferenz für den **Norden.**

Berlin. Mittwoch, 14. Dez., in den „Armenhallen", Kommandantenstr. 20, gemeinsame Konferenz aller Werkstattvertrauensleute. Stellungnahme zu der am 4. April 1899 in Halle a. S. stattfindenden Generalversammlung.

Berlin. Montag, 5. Dez., Badstr. 58, Bezirksversammlung für: **Gesundbrunn.** Die Arbeitslosenunterstützung. Referent: Otto Rühyer. Neuwahl der Bezirksleitung.

Bielefeld. Sonnabend, 17. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, bei Kahl. Wahl der Ortsverwaltung. Stellung von Anträgen zur Generalversammlung.

Biebrich a. Rh. Am 17. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, im „Kaiser Adolf".

Bitterfeld. Unsere Versammlungen finden alle 14 Tage Sonntags statt. Nächste am 11. Dez.

Bremen. Sonnabend, 17. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, im Vereinshaus, Hankestr. 21/22.

Brieg. Am 10. Dez. Wahl der Ortsverwaltung.

Constanz. Am 10. Dezember.

Cöln-Lindenthal. Sonntag, 11. Dez., Vorm. 10 Uhr, in Braunsfeld bei Herrn Schwing, Braunstr. 23. Vortrag über den Arbeiterschutz und den Achtstundentag. Neuwahl der Ortsverwaltung. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den hiesigen Fabriken: Allright, Uren, Rottgaus & Cie., Gießerei Heyden.

Cottbus. Sonnabend, 10. Dez. Neuwahl der Ortsverwaltung.

Darmstadt. Unsere Versammlungen finden jeden 1. und 3. Samstag im Monat in der Zentralherberge („Gold. Pfau"), große Ochsengasse 15, statt.

Duisburg. (Sektion der Feilenhauer.) Sonntag, den 18. Dezbr., Nachm. 3 Uhr, bei Kipper, Klosterstr.

Elberfeld. Die fällige Versammlung am 10 Dezbr. findet nicht statt. Dafür am 17. Dez.: Wahl der Ortsverwaltung. Der Antrag des Hauptvorstandes. Wahl des Delegirten zur Generalversammlung.

Frankfurt a. M. (Allg.) Samstag, 10. Dez., Abds. halb 9 Uhr, im „Erlanger Hof", Borngasse 11. Neuwahl der Ortsverwaltung.

Freiburg i. B. (Allg.) Samstag, 10. Dez., Abds. 8 Uhr, bei Schwanke. Neuwahl der Ortsverwaltung. Stellungnahme zur Arbeitslosenunterstützung.

Görlitz. Dinstag, 13. Dez., im „Felsenkeller", Sonnenstraße. Wahl der Ortsverwaltung. Vortrag des Genossen Keller: Unsere nächsten Nachbarn im Weltenraum.

Groß-Schönau. Sonntag, 11. Dez., Nachm. 3 Uhr, im Vereinshaus Warnsdorf. Stellungnahme zur Arbeitslosenunterstützung. Referent: unbestimmt. Werkstattangelegenheit. Neuwahl der Ortsverwaltung.

Gustavsburg-Kostheim. Am 10. Dez. Wahl der Ortsverwaltung.

Hamburg. (Allgem.) Mittwoch, 14. Dez., Abds. halb 9 Uhr, bei E. Hilmer, Gänsemarkt 35 (Lessingballe"). Wahl der Ortsverwaltung. Unsere Generalversammlung. Die Arbeitslosenunterstützung. Die Konferenz in Schleswig-Holstein.

Hamburg-Eimsbüttel. Sonnabend, 17. Dez., Abds. halb 9 Uhr, bei Henkel, Ecke Bellealliance- und Vereinsstr.

Höchst a. M. Mittwoch, 14. Dez., Abds. 8 Uhr, im Gasthaus zum Vogel-Rock, Humboldstr. 1.

Hannover. (Allg.) Sonnabend, 17. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, im Saale des „Ballhof". Neuwahl der Ortsverwaltung. — Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Hannover. (Sektion der Klempner.) Sonnabend, den 10. Dez., bei Straßner, Langestr. 2.

Heidenheim. Samstag, 10. Dez., Abds. 8 Uhr, im Lokal. Neuwahl der Ortsverwaltung.

Hildesheim. Sonnabend, 10. Dez., Abds. 9 Uhr, im Saale des Herrn Aug. Wolf hier, Annenstr. 29. Vortrag über Zwangsinnungen und die Arbeitslosenunterstützung.

Kalk b. Köln. Samstag, 10. Dez., Abds. 9 Uhr, bei Heilmann. Neuwahl der Ortsverwaltung. Diskussion über die Vorschläge des Vorstandes.

Karlsruhe. (Sektion der Bauschlosser.) Samstag, den 17. Dez., Abds. halb 9 Uhr, in der „Fortuna". Arbeitslosenunterstützung. Neuwahl der Ortsverwaltung.

Karlsruhe. (Sektion der Schmiede.) Samstag, den 10. Dez., Abds. halb 9 Uhr, in der „Eiche", Augartenstr.

Kiel. (Sektion der Klempner.) Dinstag, 13. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, bei Ahrens, Alte Reihe 8. Das eiserne Lohngesetz. Vorstandswahl.

Leer. Sonntag, 18. Dez. Wahl der Ortsverwaltung.

Liegnitz. Am 17. Dezbr., Abds. 8 Uhr. Wahl der Ortsverwaltung. Arbeitslosenunterstützung. — Die Mitgliedsbücher sind von den Unterkassirern zur Kontrolle einzuziehen.

Limbach i. S. Sonntag, 11. Dez., Nachm. 2 Uhr, im Hotel „Johannesbad". — Besondere Einladung erfolgt nicht.

Ludwigshafen a. Rh. Samstag, 10. Dez., Abends halb 9 Uhr, im „Wittelsbacher Hof", Ecke der Jäger- und Maxstraße.

Merseburg. Sonnabend, 17. Dez., Abds. halb 9 Uhr, im „Saaleschlößchen".

München. (Sektion der Schlosser u. Maschinenbauer.) Samstag, 10. Dez., im Theatersaal des „Orpheum".

Mülhausen i. Els. Sonntag, den 11. Dez., Nachm 2 Uhr, bei Rietzmüller, Franklinstr. 1.

München. (Sektion der Siebmacher u. Drahtarbeiter) Sonntag, 11. Dez., Vorm. 10 Uhr, im Gasthaus zur „Burg Schwaneck", Morassistr. 16, gegenüber der Schweren Reiterkaserne. Neuwahl der Ortsverwaltung.

Neckarelz. Samstag, 10. Dez., Abds. halb 9 Uhr.

Neumarkt i. O. Samstag, 10. Dez., Abds. 8 Uhr, im Lokale.

Neustadt a. d. Hdt. Samstag, 10. Dez., Abds. halb 9 Uhr. Vortrag Anträge zur nächsten Generalversammlung. Wahl der Ortsverwaltung. — Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Nordhausen. Sonnabend, 17. Dez., Abds. halb 9 Uhr, in „Stadt Berlin". Wahl der Ortsverwaltung.

Nürnberg. (Sektion der Reißzeugindustrie.) Montag, 12. Dez., bei Zantner, Tucherstr. Bericht über den Ausstand bei Eckert. Bericht des Vorstandes. Neuwahl der Gesammtverwaltung. — Die Mitglieder, deren Verbandsbücher im Jahre 1891 ausgestellt wurden, werden dringend ersucht, dieselben abzuliefern, damit das Ersatzbuch am 1. Januar zugestellt werden kann.

Nürnberg. (Sektion der Schmiede u. v. B.) Samstag, 17. Dez., Abds. halb 9 Uhr, im „Jammerthal", Schildg.

Oberursel. Samstag, 17. Dezbr., Abds. 9 Uhr, im Lokal. Wahl der Ortsverwaltung.

Obertürkheim. Jeden 2. Samstag im Monat, Abds. 8 Uhr, in der „Traube".

Pforzheim. Samstag, 10. Dez., Abds. halb 10 Uhr, im „Gold. Löwen". Abrechnung vom Stiftungsfest.

Rathenow. (Sektion der Einschleifer.) Sonnabend, 17. Dez., Abds. halb 9 Uhr, bei Rehfeldt, Jägerstr. 14.

Ravensburg. Sonntag, 11. Dez., Vorm. 10 Uhr, in der „Bavaria". Neuwahl der Ortsverwaltung.

Remscheid. Am 17. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, bei Schneppendahl. Neuwahl der Ortsverwaltung. Vortrag über: Arbeitslosenunterstützung. Anträge zur Generalversammlung. Anträge zur nächsten niederrheinischen Metallarbeiterkonferenz in Velbert. — Die Mitgliedsbücher sind zur Revision mitzubringen. — Die Bibliotheksbücher sind abzuliefern.

Reutlingen. Samstag, 17. Dezbr. Abds. 8 Uhr, bei Köpfer, zum Gerberthor.

Salbke-Westerhüsen. Sonntag, 11. Dezbr., Nachm. 3 Uhr, im „Weißen Hirsch".

Schwelm Sonntag, 11. Dez., Nachm. 5 Uhr, bei C. Ebinghaus. Neuwahl der Ortsverwaltung. Bericht vom Kartell. Oeffentliche Versammlung.

Stettin. (Alle 4 Bezirke.) Sonntag, 11. Dez., Nachmittags 3 Uhr, im „Englischen Garten", Heinrich- und Zabelsdorferstraßenecke. Vortrag des Kollegen Kuntze. Anträge zur Generalversammlung. Vorschläge von Delegirten zur Generalversammlung. Neuwahl der Ortsverwaltung.

Stuttgart. (Allg.) Samstag, 10 Dez., Abds. 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Eßlingerstr. 17—19.

Stuttgart. (Sektion der Mechaniker.) Am 17. Dez., bei Kugele, Heustr. 9. Neuwahl der Ortsverwaltung.

Stuttgart. (Sektion der Schmiede.) Samstag, den 17. Dez., Abds. 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Eßlingerstr.

Stuttgart-Ostheim. Samstag, 17 Dezbr., Abends 8 Uhr, im Gasthaus zur „Linde" in Gablenberg. Vortrag über die Arbeitslosenunterstützung. Neuwahl der Ortsverwaltung.

Wandsbeck. Mittwoch, 28. Dez., Abds. halb 9 Uhr, bei Dänecke, Sternstr., Zentralherberge.

Weißenfels. Am 17. Dez., Abends halb 9 Uhr, Vortrag des Kollegen Leber-Jena. Wahl der Ortsverwaltung.

Zittau. Sonnabend, 10. Dez., Zahlabend bei Hermanns. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Bielefeld. Die Kollegen Karl Schröder, B. Nr. 252 148, und Leischner, B. Nr. 273 663, werden ersucht, die aus der Bibliothek entliehenen Bücher abzuliefern. Ev. Mittheilungen an E. Bohle, Jöllenbeckerstr. 94.

Elberfeld. Die Kollegen Ludwig Jakob und Heinr. Schönemann werden ersucht, ihre Adressen an Ernst Beyn, Lüdorferstr. 25, Elberfeld, gelangen zu lassen.

Elberfeld. Samstag, 31. Dez., Sylvesterfeier im „Kaisersaal". Vokal- und Instrumentalkonzert, Verloosung, Ball; Mitwirkung der Elberfelder Volkshumoristen.

Karlsruhe. (Allgem.) Die Kollegen werden ersucht, sämmtliche der Bibliothek entliehenen Bücher spätestens bis zu der am 10. Dezbr. stattfindenden Versammlung behufs Revision abzugeben, damit die Bibliothek bis zu den Feiertagen wieder eröffnet werden kann. — Ferner werden die Kollegen ersucht, ihre Mitgliedsbücher beim Kassier oder Bevollmächtigten zur Kontrolle und Regelung der Ortsnummer abzugeben.

Neckarelz. Zuschriften sind nicht mehr an Heinrich Grozinsky in Neckarelz, sondern an Jakob Schneider, Schleifer in Obrigheim a. Neckar zu richten.

Oberursel. Am 1. Weihnachtsfeiertag Abendunterhaltung mit Christbaumverloosung.

Ravensburg. Der Eisendreher Joh. Gg. Schwarz aus Schmalkalden, wird ersucht, seine Adresse behufs Zustellung seines Mitgliedsbuches an den Kassier Jos. Müller, Obere breite Straße 24, zu senden.

Reutlingen. Es wird ersucht, die Adresse des Formers Christian Hoch an A. Köpfer, Restaurant Gerberthor, zu senden.

Wandsbeck. Zusendungen sind nur an H. Schneider, Schmargasse 29p. zu richten.

Weißenfels. Unser Versammlungs- und Verkehrslokal befindet sich jetzt in „Stadt Naumburg".

Gestorben.

In Stuttgart am 1. Dez. der Mechaniker Jakob Bosch, 42 Jahre alt, an Herzschwäche.

Oeffentliche Versammlungen.

Neustadt a. d. Hdt. Sonntag, 18. Dez., Nachm. 3 Uhr, im Leeder'schen Saale öffentliche Versammlung. Referent: W. Kleemann-Durlach.

Zwickau i. S. Sonntag, 18. Dezbr., Nachm. punkt 3 Uhr, im „Belvedere", Thalstr., öffentliche Metallarbeiterversammlung. Die 3. Generalversammlung. Arbeitslosenunterstützung. Wahl des Bevollmächtigten.

Privat-Anzeigen.

Tüchtige Schlosser od. Dreher,

die bereits **längere Zeit auf Reibmaschinen gearbeitet** haben, finden als **Vorarbeiter** in meiner Fabrik **dauernde** Beschäftigung **bei hohem Lohn. Freie Reise nach hier.** Schriftliche Offerten mit genauen Angaben erbittet

August Wallmeyer,
281] Metallwaarenfabrik **Gotha.**

Heizer-Maschinist,

gelernter Schmied, welcher schon als solcher in größeren Dampfziegeleien thätig war und alle vorkommenden Reparaturarbeiten, Herstellen von Mundstücken, selbstständig ausführen kann, findet bei sehr gutem Lohn, freier Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Garten und Ackerland, dauernde Stelle bei **Regierungsbaumeister Heilmann,**
274] Heidenheim a. Br.

Der Eisendreher **Heinrich Warning** aus Güstrow i. M. wird ersucht, seine Adresse an **Jes. Asmussen,** Rostock, Burgwall 7, einzusenden. [279

2—3 tüchtige
Schwarzblechklempner
finden dauernde und lohnende Arbeit.
Thüringer Emaillirwerke,
282] Tannroda.

„Vorwärts"
Produktiv-Genossenschaft der Bäckereiarbeiter
(E. G. m. b. H.)
Hamburg, Idastraße 15—17.
Achtung, Arbeiter!

Wir empfehlen zum bevorstehenden **Weihnachtsfeste** unsere

prima braunen und weißen Kuchen.

Preis per Dutzend nur 35 ₰.
Beste Pfeffernüsse, braun 50 ₰ per Pfund.
„ „ weiß 60 ₰ „ „

Aufträge erbitten wir an unsere Filialen oder an uns direkt.

Alle unsere Packete und Backwaaren tragen unseren Firmastempel.

Organisirte Arbeiter kaufen nur Backwaaren, von denen sie bestimmt wissen, daß sie aus Bäckereien stammen, welche die Forderungen der Bäckergewerkschaft respektiren. In erster Linie aber fördern organisirte Arbeiter Arbeiterunternehmen.

283] **Der Vorstand.**

Meine **Hunderte von Stücken** herrlich selbstspielenden

Musikwerke von 8, 18, 30 bis 200 „ mit **Zitherspiel**

bereiten in **jeder Familie** die größte Freude. Versende an **Verbandskollegen portofrei** überallhin **Geigen, Flöten, Harmonikas, Zithern** ꝛc. Verlangen Sie Preislisten von

H. Ritter, Chemnitz, Bernsdorfstr. 8.

Zum Schutz der Organisation

gründete sich am 18. März 1891 nach dem 16wöchentlichen Kampfe der Tabakarbeiter um ihr Koalitionsrecht die

Tabakarbeiter-Genossenschaft in Hamburg.

Die Genossenschaft zahlt keine Dividende; den von derselben Beschäftigten wird ein anständiger Lohn bezahlt; bei einer evtl. Auflösung fällt das Vermögen an die Tabakarbeiter-Organisationen.

An Arbeiterorganisationen, Gewerkschaftskartelle, Arbeiter-Konsumvereine evtl. direkter Versandt zu Engros-Preisen. Vertreter erhalten Provision. [278

Arbeits-Anzüge
für
Maschinisten, Heizer, Schlosser ꝛc.
echtfarbig, praktisch, dauerhaft.
Pilot I ℳ 5,80, **bl. Leinen** ℳ 4,50,
„ **II** „ 4,75, „ **Haustuch** „ 3,20,
Hosen in **Moleskin** (deutsch Leder)
ℳ 2,25, 2,80, 3,60, 4,00, 4,50, 5,00, Lindener 8,00,
empfiehlt die **Kleiderfabrik** von

R. Postelt, Seifhennersdorf i. S.

Bei Bestellung ist die **Brustweite** der Jacke und die **Seiten-** wie **Schrittlänge** der Hose anzugeben. Bei Bezug von **3 Stück Frankolieferung** gegen Nachnahme. Muster auf Wunsch jederzeit zu haben. [269

Soeben erschien in **dritter, veränderter** Auflage:
Scherm's Reisehandbuch für wandernde Arbeiter.
(Auch Tourenbuch für **Radfahrer!**) Ueber 2000 Reisetouren. 1 Eisenbahn- u. 2 Straßenkarten. Gebd. ℳ 1,50.
Durch alle Buchhandl., Kolp. u. J. Scherm, Nürnberg

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur J. Scherm in Nürnberg. — Druck und Verlagsexpedition Wörlein & Comp. in Nürnberg.